

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkassentkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gelbaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gelbaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Aufnahme der deutschen Vorschläge.

Bis zur Stunde läßt sich noch nicht übersehen, welches Schicksal den neuen deutschen Vorschlägen zuteil werden wird. Daß die französische Boulevardpresse sie rundweg ablehnt und hysterisch nach dem Einmarsch ins Ruhrgebiet schreit, mußte von vornherein erwartet werden; geht es ja, wie der Populaire sehr richtig bemerkt, den französischen Imperialisten gar nicht um die Lösung der Wiedergutmachungsfrage, sondern um Annexion und die Vernichtung Deutschlands. Ob aber die französische Regierung sich den Standpunkt ihrer Presse voll zu eigen machen und auch für den Fall, daß ihre Verbündeten die Diskussion mit Deutschland fortsetzen wollen, sich auf die Ablehnung ohne vorherige Diskussion vorstellen wird, muß noch abgewartet werden. Sichere Nachrichten liegen darüber noch nicht vor.

Die Entscheidung liegt aber diesmal gar nicht bei Frankreich, sondern bei England und Amerika. Es ist anzunehmen, daß die amerikanische Regierung dem Versuch unternehmen wird, mit der deutschen Regierung in eine Diskussion über eine Währungs- und Währungsreform einzutreten, die sie den Alliierten genehmer macht. Sollten die übrigen Alliierten, das heißt vor allem England, diesen Plan Amerikas unterstützen, so ist zu hoffen, daß auch Frankreich sich nicht im Gegensatz zu seinen Alliierten auf eine gewaltsame Lösung vor Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten verstellen wird. Das ist die einzige Hoffnung, die heute, nachdem der Karren so verfahren wurde, noch für eine gütliche Verständigung bleibt.

Das französische Unannehmbar.

Paris, 27. April. In einer Havasmeldung aus London heißt es: Die Besprechung zwischen den belgischen, französischen und englischen Ministern wurde heute nachmittags fortgesetzt, während die englischen und französischen Sachverständigen ihre Arbeit weiterführten. Es wurde beschlossen, zwei englisch-französischen Unterkommissionen, die am Freitag zusammenzutreten werden, die Prüfung verschiedener Fragen zu überlassen, besonders der Kohlenfrage. Der Tag endete mit einer wichtigen Besprechung zwischen Douhaire und Japar.

Aus den Eindrücken, die man gegen Abend sammeln konnte, geht hervor, daß man auf englischer wie auf französischer Seite zuerst nicht sehr klar die neuen deutschen Vorschläge insoweit offenbaren Mangels an Deutlichkeit verstanden hatte. Man hat sich davon überzeugen können, daß diese neuen Vorschläge nur eine Skizzierung der Vorschläge von London waren und daß sie unannehmbar sind.

Paris, 27. April. Wie Havas meldet, erklärt die Associated Press, daß Jusserrand von der französischen Regierung verständigt wurde, daß die deutschen Vorschläge, die nach Washington weitergegeben wurden, ganz unannehmbar seien.

Paris, 27. April. Havas verbreitet folgende Mitteilung: Die zuständigen Kreise erklären die neuen deutschen Gegenanträge, wie sie durch ein Havastelegramm bekannt gemacht worden sind, für vollkommen unannehmbar. Das Außenministerium ist amtlich von diesen Vorschlägen noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, die keine Unterlage für eine föderale Wiederaufnahme der Unterhandlungen bieten. Die von der Reichsregierung zu Reparationszwecken angegebenen Zahlen sind durchaus ungenügend, da sie um mindestens 100 Milliarden hinter den Summen der Pariser Abmachungen zurückbleiben, die von den Verbandsregierungen als Mindestforderung betrachtet werden. Deutschland will sich wohl verpflichten, innerhalb einer Frist von drei Monaten eine Abschlagszahlung von einer Milliarde Goldmark zu zahlen, es vergibt aber vollständig, daß noch ein Restbetrag von 12 Milliarden Goldmark aussteht auf die am 1. Mai fällige erste Rate von 20 Milliarden Goldmark. Andererseits schlägt Deutschland vor, sich an dem Wiederaufbau der zerstörten Kriegsgebiete zu beteiligen und unter gewissen Umständen an Stelle der Verbandsregierungen die Schulden derselben den Vereinigten Staaten gegenüber zu bezahlen. Aber alle diese Anerbietungen sind von einer Menge Vorbedingungen abhängig gemacht, die ihren Wert ganz bedeutend herabmindern. Deutschland geht so weit, die Aufhebung aller Zwangsmassnahmen zu fordern, also nicht nur der für die Verhängung, sondern sogar auch der Befehle des linken Rheinufers, die doch im Friedensvertrag von Versailles ausdrücklich vorgelesen ist. Zum Ausgleich für diese Vorschläge beansprucht Deutschland, aller seiner übrigen Verpflichtungen für Reparationszwecke los und ledig zu werden: Mit der einen Hand bietet es weniger, als es uns schuldig ist, um mit der anderen Hand gleichzeitig mehr zu nehmen, als seine zukünftigen Zahlungen ausmachen würden.

Der wahre Grund der französischen Stellung.

Paris, 28. April. (Z.M.) Populaire schreibt: Wie auch immer die deutschen Anerbietungen sein würden, der französische Imperialismus und Kapitalismus werde sie zurückweisen. Die Frage der Reparationen kommt jetzt für sie erst in zweiter Linie; was sie im Augenblick interessiert, ist die Besetzung der Ruhr.

Auch Belgien lehnt ab.

London, 27. April. (Reuter.) Der belgische Minister des Auswärtigen Japar wird bis zum Zusammentritt des Obersten Rates in London bleiben. Er erklärte, Belgien könne einen deutschen Vorschlag, der nicht auf dem Pariser Abkommen basiert sei, nicht annehmen. Seiner Meinung nach ist die letzte deutsche Note kein wirklicher Fortschritt. Jeder Vorschlag aus Berlin müsse auf den Pariser Bedingungen basieren.

Loucheur wohnte heute einer Zusammenkunft der Reparations-Sachverständigen bei, die den deutschen Vorschlag prüften. Sie sind der Meinung, daß er den französischen Forderungen in seiner jetzigen Form nicht zu entsprechen vermag. Loucheur sieht die deutsche Note nicht als ernsthaft an.

England wartet weitere Erklärungen ab.

London, 27. April. (Havas.) Nach Mitteilung aus zuverlässigen englischen Kreisen ist die Stellungnahme der englischen Regierung hinsichtlich der neuen deutschen Note durchaus abzuwarten. Vor allen Dingen ist der Wortlaut der Note noch nicht von dem amerikanischen Staatsdepartement überreicht worden. Die Vorschläge, die bisher bekannt geworden sind, sind in bezug auf die Sicherheiten zu zweideutig und diese Zweideutigkeit macht weitere Erklärungen unbedingt notwendig. Es wurden deshalb auch bereits Schritte unternommen, um diese Erklärungen sobald als möglich zu erhalten. Aufklärungen sind vor allen Dingen in bezug auf den ersten Paragraphen notwendig, denn allem Anschein nach legt Deutschland feinerlei Zeit fest, innerhalb deren die Jahresraten bezahlt werden müssen.

Berlin, 28. April. Wie die Vossische Zeitung hört, hat der englische Botschafter in Berlin Lord d'Abnon gestern den Reichsminister Dr. Simons aufgesucht, der ihm ausführliche Erklärungen zu den deutschen Vorschlägen machte.

London, 27. April. (Reuter.) Das Kabinett hat die deutschen Reparationsvorschläge heute vormittag beraten.

Abwartende Haltung Amerikas.

London, 27. April. Wie Reuter aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung bis heute mittag keine von ermächtigter Seite herrührende Benachrichtigung über die Haltung der Alliierten erhalten. Unzuverlässig wird das Staatsdepartement von Empfang einiger Angaben über die Annehmbarkeit der deutschen Vorschläge abwarten, ehe es nach Berlin seine Antwort erteilt.

Ergänzungen zum deutschen Angebot?

Paris, 27. April. Wie Chicago Tribune aus Washington meldet, herrscht in wohlunterrichteten Kreisen volles Vertrauen, daß der gegenwärtige Notenaustrausch über das ergänzende deutsche Angebot zu einem Übereinkommen führen werde.

Abrechnung mit der Fahr-Regierung.

München, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der Z. B.) Im bayerischen Landtag begründete gestern Genosse Neumann die Interpellation der USPD, gegen die Verschärfung des Ausnahmezustandes während der mitteldeutschen Vorkämpfe. Genosse Neumann kritisierte aufs Schärfste die Massenverhaftungen und die Jagd nach Kommunisten, die von der Postzeit inszeniert werden, und bezeichnete die Verfahren vor den bayerischen Volksgerichten als ein Hohm auf alle Justiz. Staatssekretär Schwenker legte in seiner Antwort auf die Interpellation, daß überhaupt Massenverhaftungen stattgefunden hätten. Eine Verschärfung der Bestimmungen sei während der Märzvorgänge nicht eingetreten. Die Zeitungsverbote sowie die Verbote kommunistischer Versammlungen seien auf Grund der bestehenden Bestimmungen erlassen worden. Die Besprechung der Interpellation wird heute fortgesetzt werden.

Das Programm der bayerischen Bauernbündler.

München, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der Z. B.) Der Vorstand des bayerischen Bauernbundes faßte folgenden programmatischen Beschluß: „Der bayerische Bauernbund hält unentwegt an der Reichseinheit fest. Der bayerische Bauernbund steht auf dem Boden der demokratischen Republik und lehnt jede Diskussion des politischen Mitegedankens ab. Der bayerische Bauernbund verkennt nicht die Auswüchse der Einwohnerwehr, hält aber an dem Grundgedanken des organisierten Selbstschutzes fest.“

Neue Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern in England.

London, 26. April. Die Vertreter der Regierung, der Bergleute und der Grubenbesitzer trafen heute nachmittags zu einer Konferenz unter dem Vorsitz Sir Robert Hornes zusammen.

London, 28. April. (Z.M.) Mittwochmorgen erklärte Sir Robert Hornes, daß die Regierung durch Bereitstellung einer halben Milliarde Pfund Sterling einen Teil der Abhilfe für die Übergangszeit auf sich nehmen will, so daß die Lohnherabsetzung nicht höher als drei Schilling pro Tag zu sein braucht. Der Vorstand des Bergarbeiterbundes scheint den Vorschlag zu billigen. — Inzwischen nimmt die Stilllegung der Industrie infolge Kohlenmangels und die Zahl der Arbeitslosen, die bisher zwei Millionen überschritten hat, weiter zu. Einige hundert schottische Fahrzeuge sind wegen Kohlenmangels stillgelegt während einige Kutler nach Holland geschickt wurden, um zu bunkern.

Rußlands auswärtige Politik.

Von D. Dalin.

II.

Der zweijährige Krieg, den Rußland mit der ganzen Welt führen mußte und der erst vor ein paar Monaten zu Ende kam, galt für die einen als „Krieg um die Weltrevolution“, für die andern, die Gegner, — als „Kampf für Kultur und Menschlichkeit“. Das war die subjektive Erklärung der Ereignisse. Objektiv war es dagegen ein Krieg um die Selbstbehauptung des neuen Rußlands.

Und es war wahrhaftig keine leichte Aufgabe. Erstens mußte die Revolution mit der Entente früher oder später brechen; auch ohne Kommunisten wäre es dazu gekommen. Ein Bruch mit der siegreichen Koalition mußte ihr aber teuer zu stehen kommen. Er hat Rußland isoliert und zu einem Eroberungsobjekt gemacht. Erst heute, nach zwei Jahren blutiger Kriege, kann sich Rußland gegen derartige Angriffe einigermaßen sicher fühlen.

Es kam zweitens hinzu die vollständige Ohnmacht Rußlands in militärischer Hinsicht in den beiden ersten Revolutionsjahren 1917 und 1918. Die alte Armee konnte der Offensive Hindenburgs nicht standhalten, sie war aber auch in den Händen der Regierung kein gehorames Werkzeug. Um so leichter schlen es verschleuderten nicht-russischen Politikern, antirussische Pläne erfolgreich auszuführen.

Drittens entwickelte sich zugleich ein ungemein starker Separatismus. Die vielen Völker, die sich nunmehr vom zaristischen Joch freimachten, gingen oft so weit, daß sie sich von Rußland losrissen. Auch diese Bewegung, die 1917 einsetzte, erreichte in den beiden nächsten Jahren ihren Höhepunkt. Die neu entstandenen Kleinstaaten, insbesondere die Ukraine und das Dongebiet, verloren aber schnell ihre Selbständigkeit zugunsten auswärtiger Kräfte und entwickelten sich zu Sammelpunkten für imperialistische Interventionen. Es gab Momente, wo die Gesamtbevölkerung Rußlands, soweit sie unter der Moskauer Regierung stand, sich auf 50 Millionen bezifferte — von den 180 Millionen, die Rußland vor dem Kriege hatte. Aus der separatistischen Bewegung sind die fünf Randstaaten im Westen Rußlands geboren. Die übrigen Staaten (Ukraine, Don, Kuban, Aserbeidschan, Georgien, Armenien, Turkestan u. a. m.) sind liquidiert, zum Teil mit militärischen Mitteln.

Dies die revolutionären Ereignisse, die den Stand des neuen Rußlands sehr schwierig gestalteten. Es kam aber noch hinzu die spezifische Politik des Bolschewismus, die die Sache noch erschwerte. Man beizte sich, alle auswärtigen Schulden zu annullieren — das hatte zur Folge, daß die Tausende französischen Kleinrentiers rabiat wurden und nun jeden Angriff auf Rußland unterstützten. Man exproprierte mit einem Schlag alle industriellen Unternehmungen, darunter auch die englischen, belgischen, französischen. Das Kapital erklärte sich im Auslande zu einem Kriege mit Rußland bereit. Man konstatierte alle größeren Bankeinlagen und schloß die Banken. Es litt darunter auch das kapitalträchtige Ausland sehr stark und nahm daher jeden Interventionsversuch mit Beifall auf. Bekanntlich mußte die Sowjetregierung schließlich zu verstehen geben, daß sie vieles wieder gutzumachen bereit ist. Aber erst durch blutige Erfahrung ist sie soweit gekommen.

Die neue russische Emigration tut ihrerseits alles Mögliche um es zu einem Frieden mit Rußland nicht kommen zu lassen. Fürsten Generale, Millionäre, Journalisten, die seit Jahr und Tag mit der europäischen Reaktion verbunden und verschwägert sind, üben ihren ganzen Einfluß aus, um die kriegerische Stimmung gegen Moskau zu verschärfen. Ihre Tätigkeit grenzt an offenen Verrat. Sie unterstützen Polen, auch wenn Polen einen Annexionskrieg gegen Rußland führt. Sie unterstützen Frankreich, wenn Frankreich russisches Gebiet besetzt. Sie heizen England gegen Rußland wegen Indiens auf. Und zugleich unternehmen sie die ungeheuren Verpflichtungen und Geheimverträge, die für den Fall gesten sollen, daß ein Denikin oder Wrangel als Sieger in Moskau einzieht. Efferregenderes hat die Weltgeschichte nicht gesehen!

Aber auch in der kommunistischen Partei ist, was die auswärtige Politik betrifft, keine volle Klarheit und Einheitlichkeit vorhanden. Die russischen Kommunisten haben damit angefangen, daß sie die Weltrevolution als unmittelbar bevorstehend erklärten. Was kann nun bei einer solchen Weltlage die Aufgabe eines Staates sein, in dem die Kommunisten die Regierungsgewalt bereits erobert haben? Die Revolution zu führen, in die übrigen Länder zu tragen! „Die Weltbourgeoisie wird mit uns nie einen Frieden schließen“ — so hieß es eine Zeitlang. Und daher braucht Rußland in diesem „Endkampf mit dem Kapitalismus“ sich keine Schranken aufzuerlegen. Wie steht es z. B. mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen? Gehört es zu den kommunistischen

christlichen Prinzipien oder nicht? Lenin ist dafür, es gibt aber eine einflussreiche Minderheit innerhalb der Kommunisten, die sich dagegen erhebt. Geseht den Fall, Rußland habe einen Kaschbar, bei dem der Kapitalismus herrscht und die Arbeiterklasse nicht imstande ist, die Bourgeoisie zu besiegen. Darf sich dann Rußland nicht einmischen, um den Sozialismus zu verwickeln?

Diese ebenso simplen wie kurzschlüssigen Argumente finden oft großen Widerhall. Man darf die Tatsache nicht außer acht lassen, daß es eine große Zahl Militärkommunisten in Rußland gibt — eine soziale Gruppe, die man im Ausland nicht kennt. Von den 600 000 Mitgliedern der kommunistischen Partei Rußlands waren 250 000 bis 300 000 in der Armee angestellt, darunter viele als Kommissare, Offiziere und Bergleute. Sie haben große Feldzüge durchgemacht, manchen Sieg davongetragen, sind von der Idee des militärischen Sieges befeuert und von der Arbeitsarbeit weit abgekommen. Der Glaube an die physische Kraft, die alles kann, die Illusion, man könne die Weltrevolution mit Gewehrläugeln in der ganzen Welt einpflanzen, — also Eroberungsgelüste zugunsten des Sozialismus, machen sich breit unter dieser höchst einflussreichen kommunistischen Gruppe. Auch ihre Gegner, mit Lenin an der Spitze, müssen ihnen oft stark entgegenkommen. Man wird sich z. B. in Europa wohl noch erinnern, wie im August v. J., als die polnische Offensive gebrochen war, Trotzki die Parole „Nach Warschau“ ausgab. „Die rote Fahne auf den Türmen des roten Polens“ sollte die russische Armee hissen. Der Angriff endete aber mit einer Niederlage und mit dem Rigaer Frieden, der für Polen viel günstiger ist als für Rußland. Ebenso ist der Weberfall auf Georgien dieser Gruppe zu verdanken.

Obwohl die Kräfte zu Ende sind und eine teilweise Demobilisierung der Armee stattfindet, sind diese Tendenzen auch heute noch sehr stark. Um so deutlicher muß man es aussprechen, daß der russischen Revolution eine klare und aufrichtige Friedenspolitik nottut. Durch Krieg kommt immer der Militarismus hoch, mag er auch ein neuarteter Militarismus sein. Er erstickt alle Freiheit und letzten Endes wendet er sich in schärfster Form gegen die Arbeiterklasse selbst. Kommt es noch in nächster Zeit zu großen Kriegen zwischen Rußland und andern Staaten, so ist die Revolution verloren, und ein regelrechter Generalunterwirft sich ohne große Schwierigkeiten das hungarische und verzwelfte Volk. Nur eine Friedenspolitik kann die Freiheit wieder aufrichten und aufrechterhalten.

Und nur eine Friedenspolitik kann den wirtschaftlichen Wiederaufbau fördern. Wer im heutigen Europa lebt, begreift das ohne weiteres. Die inneren Möglichkeiten eines ökonomischen Aufstiegs sind jetzt in Rußland größer als je, — es gehört dazu aber in erster Linie eine realistische, von jeder Utopie freie Wirtschaftspolitik und eine ehrliche und ernste Friedenspolitik.

Die Abrechnung.

Berlin, 27. April.

Heute begann nun die eigentliche Kritik an der Auslands- politik der Regierung, nachdem Herr Simonson gestern den Standpunkt der Regierung dargelegt hat. Aber nicht nur die Regierung kam auf die Bank der Angeklagten, sondern auch Helfferich, den die Deutschnationalen vorgeschickt hatten, damit er ihre wirkliche Meinung über die Wiedergutmachung unter klobigen Angriffen auf die Regierung vertrete. Als Mittel zu seinen Angriffen hatte er sich die Schuldfrage am Kriege gewählt, aber diese Taktik belam ihm schlecht; denn wenn es jemand gibt, der an der Schuldfrage nicht rühren sollte, so sind es die Deutschnationalen und ist es ganz besonders Helfferich. Nach Helfferich und seinen übrigen Kriegsgemütskranken gehört in den Mittelpunkt aller Verhandlung über die Ausführung des sogenannten Versailler Friedensvertrages die Aufwerfung der Schuldfrage am Kriege. Da es nach Lloyd Georges keine moralisch Schuldigen am Kriege gebe, so dürfe man Deutschland auch die Schuld daran nicht aufbürden, so behauptete Helfferich. Er wurde dafür durch Jurufe so gestützt, daß wenn er nicht so ungeschweiger abgelehnt wäre, er jedenfalls das Rednerpult verlassen hätte, denn die Jurufe steigerten sich zuweilen bis zum Orkan. Dies läßt Helfferich jedoch kalt er bleibt am Rednerpult und redet davon, daß er und seine Partei — Opfer bringen wollten. Unser Genosse Breitscheid diente ihm für diese Verhöhnung des arbeitenden Volkes, indem er zeigte, daß Helfferich und seine Freunde bisher aus den Taschen des arbeitenden Volkes Opfer über Opfer gebracht hätten und so gedächten es wieder zu machen.

Die Politik der Deutschnationalen ist ganz klar: sie geht darauf hinaus, es mit der Entente zum Bruche zu treiben, damit sie dann durch die Sanktionen den Furor teutonico, entfachen und sich wieder ans Ruder bringen. Sie sind die umgekehrten Kommunisten die es auch mit der Entente zum Bruche treiben wollen deshalb jede Vermittlung und jeden Vorschlag „als bürgerlich und arbeiterverräterisch“ ablehnen, um dann durch das allgemeine Tölpelwort aus Ruher zu kommen. Welche Parteien haben dieselbe politische Schablone, nur mit verschiedenen Namen Genau wie Hoesch bei Helfferich all den Fragen aus, wie sich die Deutschnationalen konkret zu den Angeboten stellen, ob sie sie verwerfen und wenn ja, welche Vorschläge sie an deren Stelle setzen wollen?

In einer reichlich und inhaltlich gleichgültigen Rede legte Genosse Breitscheid den Standpunkt unserer Fraktion dar. Er stellte an die Spitze seiner Ausführung, daß Deutschland die moralische Pflicht der Wiedergutmachung habe, wobei die Frage der Wiedergutmachung der Ententemächte am Kriege keineswegs bestritten werden soll. Er ging auch auf die neue Broschüre Schelbemann ein, in der von den Friedensbemühungen Wilhelms die Rede ist und betonte sehr nachdrücklich es komme nicht darauf an, daß Wilhelm für den Frieden gewesen sei sondern daß er nicht die letzte Entscheidung über die Wiedergutmachung als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses nur sagen, es existiere ein amtliches Schriftstück, das Wilhelm als das Gegenteil vom Friedensbemüher kennzeichnete. Die Angabe die unser Redner über den Inhalt dieser Urkunde machte, erthäten die schwere Mißachtung Wilhelm II. an der Verlängerung des Krieges, an der Zerstörung der Friedens- aussehnen so deutlich, daß die Monarchisten an diesen Bissen bis zu faulen haben werden.

Er zeigte, wie die Arbeiterschaft bei so wichtigen Fragen wie jetzt der Ausgleichsfrage aktiv sich beteiligen müsse, damit der Ausgleich nicht auf ihre Kosten zustande kommt. Schon die Aufbringung der Mittel für die Wiedergutmachung zwingt die Ar-

beiterklasse zu klarer Stellungnahme. Bei jeder neuen Kosten- auflegung werde es neue Kämpfe geben, wobei sich dann die Unlösbarkeit der Aufgaben auf dem Boden des Kapitalismus klar ergebe werde. Die kapitalistische Gesellschaft werde die Ein- nahmen durch indirekte Steuern schaffen wollen, dagegen gelte es auf der Hut zu sein und den Kampf dagegen rechtzeitig aufzunehmen. Den Auswärtigen Ausschuss nannte Genosse Breitscheid eine Vorpiegelung falscher Tatsachen, er sei nicht einmal eine Kullisse, die Regierung erzählte ihm nur Dinge, die längst erledigt seien und deren Ablauf man schon längst besser habe in der Presse lesen können.

Ueber die Regierungskrise hat sich unser Redner am offensten geäußert, da wir ihr auch am unbefangenen gegenüberstehen. Ob die Regierung jetzt oder später abtrete, sei ganz gleich, jede nachfolgende Regierung habe die Erbschaft der jetzigen zu über- nehmen, sie sei in ihren Entschlüssen gebunden. Was die jetzige Regierung in den letzten Wochen getrieben, sei ein Babanque, ein Halsarspiel und Fehrenzack sollte dem Glück, das er in den letzten Tagen so reichlich gehabt habe, nicht in alle Zukunft trauen. Er schloß mit der Mahnung, daß der diesmalige erste Mal ein sehr schlimmer Tag für die Völker werden könne, es werde aber trotz alledem der vom Diktator verkündete Witter- malentag noch kommen.

Die wenigen Andeutungen zeigen den reichen Inhalt der Breitscheidschen Rede; sie steht sehr vorteilhaft von all den andern ab, auch von der des Rechtssozialisten Müller, die in der Hauptsache eine Polemik gegen die Rechtsparteien und Orgesch- leute war. Als er ihnen vorhielt, daß sie mit dem Vornamen der Viktoria politisch-propagandische Geschäfte zu machen versucht hätten, lobten die Deutschnationalen wie besessen. Er griff auch den Reichswehrminister an, weil zur Verdringung der Viktoria a l l e Regimenter der Reichswehr besondere Abordnungen ge- schickt hatten.

Vor völlig leerem Hause hielt der Kommunist Frölich sein Rede. Von seinen Fraktionsfreunden blieben nur zwei im Saale, die andern weigerten sich, als sie geholt werden sollten, hereinzugehen.

Zu Beginn der Sitzung gab der Deutsche Volkspartei-ler Richter im Namen der Regierungsparteien die Erklärung ab, daß sie mit den Schritten der Regierung einverstanden seien. Morgen werden die Abgeordneten Stresemann und Graf Bernstorff sprechen.

132 Goldmilliarden!

Das Verdikt der Reparationskommission.

Paris, 27. April. (Agence Havas.) Die Reparationskom- mission hat auf Grund des Art. 233 des Versailler Vertrags be- stimmt, den Betrag der Schäden, die Deutschland nach den Bestimmungen des Art. 232 und des Anhangs A zum Teil 8 des genannten Vertrags eine Reparation schuldet, auf 132 Milliarden Goldmark festzusetzen. Bei Festlegung dieser Ziffer hat die Re- parationskommission von der Summe der Schäden die Abzüge vorgenommen, die notwendig sind, um die in Ausführung des Art. 238 — als geleistet oder noch zu leistenden Rückstellungen (es handelt sich um die Rücklieferung der aus den besetzten Gebieten weggeführten Tiere, Gegenstände, und Wertpapiere die Red.) zu berücksichtigen. Infolgedessen werden Deutschland diese Rückstellungen nicht zugerechnet. Die Reparationskom- mission hat in der oben genannten Ziffer die Summen nicht einberechnet, die der Verpflichtung entsprechen, die Deutschland außerdem in Ausführung des 3. Absatzes des Art. 232 zu über- nehmen hat, nämlich die Rückzahlung aller Summen durch- zuführen, die die Alliierten bis zum 18. November 1918 bei den Alliierten und assoziierten Regierungen erhalten hat, einschließlich 5 Prozent Zinsen jährlich für die erwähnten Summen.

Um die ganze Ungeheuerlichkeit der Forderung der Repara- tionskommission würdigen zu können, muß man beachten, daß es sich bei der angegebenen Ziffer von 132 Goldmilliarden um einen Gegenwertwert handelt, während die Reparationssumme nach den Versailler Beschlüssen, die von der deutschen Regierung und der gesamten deutschen Bevölkerung als vollkommen unerschulbar er- klärt wurden, einen Gegenwertwert von 50 Goldmilliarden re- präsentiert, wozu allerdings noch die 12prozentige Ausfuhrabgabe, deren Gegenwertwert sich nicht abschätzen läßt, hinzugezogen wäre.

Diese Gegenüberstellung genügt, um die vollkommene Un- durchführbarkeit des Versailler Friedensvertrages zu illustrieren. Es bleibt also kein anderer Ausweg übrig, als eine Wertsän- digung zwischen den Parteien, die diesen Vertrag geschlossen haben über eine Festlegung der Zahlungsverpflichtungen Deutschlands die nicht von einer Schuldigkeit, sondern von einer Zahlungs- fähigkeit ausgeht, oder der Beginn eines neuen Krieges mit dem unbewiesenen Deutschland durch Befreiung seiner lebenswäh- rigen Gebiete, der wohl Deutschland den Untergang, aber der Entente nicht die erwarteten Entschädigungen bringen wird.

Teilmobilisierung in Frankreich?

Paris, 28. April. (L. A.) Nach zuverlässigen Informationen von französischer Seite ist mindestens ein Teil der französischen Soldaten des Jahrgangs 1918 bereits durch individuelle Befehl einberufen worden und an die vorgeschriebenen Sammelstellen ab- sendet worden.

Eine französische Rechnung.

Paris, 28. April. (Reuter.) Der Exzeption gibt folgende Zif- fern über die Schadensvergütung Frankreichs wieder: Der Krieg hat Frankreich 500 Milliarden Schäden und Ausgaben gebracht. Es sollte laut Friedensvertrag 220 Milliarden erhalten. Die aus- ländlichen Schulden Frankreichs betragen im Jahre 1914 nur und jetzt sind sie auf 80 Milliarden gestiegen, während die Deutsch- lands zwei Milliarden betragen. Frankreichs Anteil von 52 Pro- zent an den zwanzig Milliarden Goldmark und den Zehntausenden laut dem Versailler Abkommen würde von Deutschland ver- worfen. Frankreich hat außerdem seit dem Waffenstillstand Deutschland 31 Milliarden vorgeschossen, während Deutschland an Frankreich acht Milliarden an Leistungen abgezahlt hat.

Zeugenernehmungen in London.

London, 28. April. Heute begannen im Volksgelände von Bow Street die Vernehmungen der 18 britischen Zeugen, die sich nicht zu den Ende Mai in Belgien stattfindenden Verhand- lungen gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten begeben können. Der erste zur Verhandlung stehende Fall war der des Hauptmanns v. Ref. Müller, der kurze Zeit Kommandant des Gefangenensagers Manne-Marcel war, eines vorwärts schießend- en Lagers, das bei der Winteroffensive im Jahre 1918 in deutsche Hände fiel. Hauptmann Müller wird der Mißhandlung von Gefangenen beschuldigt und für die schärfsten sanktionierten Verhältnisse des Lagers verantwortlich gemacht. Von deutscher Seite nahmen an den Ver- handlungen teil: Rechtsanwalt Dr. Helffenberger aus Leipzig für die deutsche Regierung und die Anwälte Dr. Schröder und Dr. Windmüller-Frankfurt als Verteidiger der Beschuldigten. Die Zeugen wurden von Vertretern der britischen Regierung vernom-

men und von den Verteidigern der deutschen Beschuldigten in ein Kreuzgericht genommen. Die Zeugenernehmungen werden morgen fortgesetzt.

Englands glänzende Finanzlage.

London, 28. April. Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte ein Regierungsvertreter, daß gegenwärtig 44 Bergwerke unter Wasser liegen. In diesen Bergwerken waren in normalen Zeiten 10 000 Personen beschäftigt.

Hierauf brachte Chamberlain das Budget ein. Er führt u. a. aus: Im Laufe der beiden letzten Jahre haben wir unsere auswärtige Schuld um 200 Millionen Pfund Sterling ver- mindert. Das ist ein Ergebnis, welches kein anderes kriegerisches Land erzielte hat. Die Gesamtansgaben für das Finanzjahr 1921/22 belaufen sich auf 874 020 000 Pfund Sterling, die ordent- lichen Einnahmen werden auf 1 058 150 000 Pfund Sterling ge- schätzt. Nach dem Vorschlage werde sich also im kommenden Geschäftsjahre ein Ueberschuß der Einnahmen über die ordent- lichen Ausgaben von 84 127 000 Pfund Sterling ergeben. Chamberlain führte noch aus, Großbritannien habe alle seine Schulden an Japan, Spanien, Uruguay und Holland liquidiert; es schulde noch 820 000 Pfund Sterling an Schweden; ferner bleibe noch die Schuld an die Vereinigten Staaten und an Kanada übrig.

Zusammenfassend sagte der Redner, England habe einen großen Teil seiner auswärtigen Schuld liquidiert, seinen inter- nationalen Kredit wiederhergestellt und bewiesen, daß es imstande sei, seine stolze Stellung als erstes Finanzzentrum der Welt zu behaupten.

Ausländische Stimmen.

Berlin, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der D. W.) Nach einer Meldung des United Telegraph würden die Vereinigten Staaten an Frankreich das Gelingen eines Ausfluchs der Be- setzung des Ruhrgebietes rühen, falls England und Italien eine französische Ablehnung der neuen deutschen Vorschläge ihre Unter- stützung versagen sollten. Wenn das Staatsdepartement von den Regierungen Englands und Italiens eine Ablehnung erhalte, daß diesen eine Gelegenheit zur Erörterung des neuen deutschen An- gebots erwünscht sei, so würden die Vereinigten Staaten wahr- scheinlich bei Frankreich vorstellig werden, daß dieses solange seine Truppen nicht marschieren lasse, bis ein neuer Versuch zur Er- zielung einer Verständigung gemacht sei.

Der Korrespondent der Volkswirtschaftlichen Zeitung erzählt an zu- ständiger französischer Stelle: Die deutschen Vorschläge stellen zwar unzulässig einen Fortschritt im Vergleich mit den früheren Vorschlägen Deutschlands dar, doch sei es den Verbündeten nicht möglich, diese als Verhandlungsbasis anzuerkennen. Präsident Harding sei durch die Vorschläge Frankreichs und Englands von dieser Auffassung unterrichtet worden. Man nehme in Paris nicht an, daß er die deutschen Vorschläge den verbündeten Regierungen übermitteln werde. Man glaube ferner in Paris, daß die Regie- rung der Vereinigten Staaten nicht beabsichtige, etwa durch Ver- handlungen mit den Verbündeten einerseits und mit Deutschland andererseits eine Veränderung der deutschen Vorschläge zur Erzielung einer Verständigung herbeizuführen. Nach Auffassung der franzö- sischen Regierung bleiben auch die neuen deutschen Vorschläge noch zu stark unter der in Paris vereinbarten Ziffer. Sie werden ferner als zu unbestimmt bezeichnet. Die Bedingung, daß die Ver- bündeten auf die Sanktionen sofort verzichten, wird als unan- nehmbar gekennzeichnet.

Aus London wird gemeldet, daß die deutsche Note einen verhältnismäßig günstigen Eindruck in den politischen Kreisen ge- macht habe. Man erkenne an, daß dadurch eine Grundlage geschaffen sei, auf der mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden könne. In der Presse im allgemeinen noch sehr zurück- haltend. Die Regierung bewahrt die Haltung vollständiger Reser- ve; die wohl vor allem darauf zurückzuführen ist, daß man auf Unklarheiten im Text der Note hinweist und das ganze Angebot als nur in Umrissen gekennzeichnet aufnimmt. Die Note bewirkt, daß sie in aller Eile entworfen sei, um vor dem entscheidenden Sonnabend greifbare Vorschläge herauszubringen.

Es ist bezeichnend für die vorkriegserhebende Politik des Ber- liner Tageblattes, das stets einen Konflikt zwischen den Alliierten feststellen bemüht ist und darauf die deutsche Politik auf- baut, daß es sich von seinem Londoner Korrespondenten melden läßt, die amerikanische Regierung werde Frankreich zu verstehen geben, daß eine Befreiung des Ruhrgebietes, solange nicht alles versucht worden ist, um vorher zu einer Verständigung zu ge- langen, Amerika unangenehm sein würde. Sollte Frankreich sich weigern, so werden England und Italien gebeten werden, die neuen Pläne Frankreichs nicht zu unterstützen. Dagegen wird Amerika sich wahrscheinlich bereit erklären, mit Deutschland weiter zu verhandeln, damit eine neue Grundlage für Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten aboten werden kann. Man erkennt deutlich, wie der Londoner Korrespondent des Berliner Tageblattes die Tatsachen verleiht, um einen Konflikt zwischen den Alliierten herauszubringen.

Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, weist man in französischen Kreisen vor allem darauf hin, daß die Differenz zwischen den Versailler Beschlüssen und dem deutschen Angebot nicht etwa nur 28 Milliarden betrage, sondern daß auch im deutschen Angebot völlig die zwölfpromzentige Ausfuhrabgabe, das heißt die parische Summe, die zu der feststehenden Summe der Annuität hinzuzukommen sollte, fehlt. Dadurch werde die Differenz nicht in selben Maße mindert auf 60, wenn nicht auf 100 Mil- liarden erhöht.

In den Kreisen der deutschen Regierung scheint man nicht abermäßig besonnen von der weiteren Entwicklung der Dinge ent- schlossen zu sein. Wie unser Berliner Korrespondent aus gut infor- mierten Quelle erzählt, steht der Minister Simonson dem Staats- sekretar, daß die Ablehnung des Schiedsgerichts durch Amerika bereits eine Einwirkung darstellt, die nicht so allseitig ist, als der Minister sie hat durch das erste Angebot anlaßt ersehen zu können. Er sieht also in der Vermittlungsoffiziere eine für Deutsch- land weniger günstige Aktion, als in dem Schiedsgerichtsvorhaben. Darauf ist wohl vor allem seine von den ausländischen Korrespon- denten betonte Resignation zurückzuführen.

Die Schamlose.

Von der deutschen Justiz.

Die Ausnahmegerichte, die nach Herrn Helzigs keine Rechtskraft haben sollen und die Herr Fritz Ebber für unentbehrlich hält, haben in ihren Urteilen alles hinter sich gelassen, was man bisher von der deutschen Justiz gewohnt war, und das war wahr- haftig nicht wenig. Die Zuchthausurteile von Halle, Dresden, Berlin usw. sind an barbarischer Härte nicht mehr zu übertreffen. Soweit sie gegen die Vererber von Dynamit- attestanten gerichtet sind, mag ihnen nach den Begriffen der ver- alteten Abschreckungsjustiz noch eine gewisse Rechtfertigung zu- gestanden werden können, wenigstens nicht wenigen der Ver- urteilten von objektiven Richtern mildere Umstände zuerkannt worden wären, da sie offenbar die Opfer niederträchtiger Spitzel gewesen sind. So sehr aber auch diese Urteile schon von uns be- kämpft werden müssen, sie werden doch noch weit in den Schatten gestellt von jenen Sprüchen der Ausnahmegerichte, die sich gegen Männer richten, denen keinerlei gemeines Verbrechen zur Last fällt, sondern die lediglich als wenn auch noch so falschen politi- schen Anschauungen den Versuch zum Sturz der bestehenden Staatsordnung unternahmen. Gerade diese Leute aber scheinen

von gewissen geistlichen Blutsündern noch schlimmer gehaßt zu werden, als die Dynamikanten, wahrlich, weil sie für die Sicherheit des heiligen Eigentums als noch gefährlicher erachtet worden. Wie wäre sonst das entscheidende Urteil des Raumburger Sondergerichts zu verstehen, das gegen den Hochverrats schuldig befundenen Arbeiter Knorz, den Leiter des Aktionsausschusses im Leunawerk, gefällt wurde? Jedem Mitleidenden, jedem nur gerecht denkenden Menschen muß das Blut in den Adern ob dieses auf lebenslängliches Zuchthaus lautenden Spruches erstarrten. Knorz wird nicht irgendeine Bluttat vorgeworfen. Seine Straftat besteht in Reden und in der Demonstration des Aufstandes der Beunwerteter. Er hat also im wesentlichen das getan, was die Kapp-Putschisten auch getan haben. Auch die Kapp-Putschisten mußten, als sie ihre Unternehmungen inszenierten, daß es Blut kosten könne und werde und sie wußten, wie die letzten Befehle Kapps gegen die Streikführer zugehen, auch durchaus bereit, Blut zu vergießen. Keiner dieser Geistes ist verurteilt worden, keiner ist gehängt worden. Man hat sie samt und sonders, soweit sie nicht durch die Amnestie erfaßt wurden, entlassen lassen. Und wer trotzdem noch in die Hände der Justiz fiel, der wurde, selbst wenn er Mitglied der Kapp-Regierung war, wie der Pfarrer Traub, als ein „Nicht-Täter“ erklärt, damit man die Amnestie auf ihn anwenden könne! So geht die deutsche Justiz mit Rechtsputschisten um und dann schaut sie sich nicht, solche Urteile, wie dieses von Raumburg, gegen Linksputschisten zu fällen.

Wir sind wahrhaftig von der Fortschrittlichkeit des weißen Ungeheures nicht mehr weit entfernt. Die Rechtssozialisten, die durch ihre Schwäche diese Praxis miltroschuldet haben, tragen eine schwere Verantwortung — nicht minder jene, die durch ihre wahrhaftige Putschpolitik diese Opferung wertvoller Arbeiterleben durch eine blindwütige Rachejustiz herbeigeführt haben.

Die Richter von Raumburg und Halle sind eine furchtbare Saat. Sie arbeiten mit unfehlbarem Erfolg daran, das Rechtsempfinden, die Achtung vor dem Gesetz und vor der Rechtsjustiz bis auf den letzten Stiel und Stumpf auszuröten.

Worte der Kritik sind zu schwach, um das zu sagen, was gegen diese Bluttat zu sagen ist. Wir wollen lieber statt dessen an einige kleine Tatsachen erinnern:

Dem Reurteil Knorz wird in der Urteilsbegründung besonders verdacht, daß er Todesdrohungen gegen jene, die sich der Mitwirkung beim Aufstand entzogen sollten, ausgesprochen hat.

Der Antisemit und „Nationaldemokrat“ Lebus wurde wegen wiederholter Aufforderung zum Mord zu tausend Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Leipziger Antisemit Pudor ist, wie wir nachträglich erfahren, wegen des „Hand- und Werbegeldes des deutschen Volkstums“, den wir hier vor einiger Zeit angehängt haben — es wird darin ganz offen zur Ermordung der Juden aufgefordert — vom Schöffengericht zu — zwanzig Mark Geldstrafe (1) verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte Berufung eingelegt, aber die Strafkammer hat in ihrer Sitzung vom 2. April das erstinstanzliche Urteil bestätigt.

Man sucht vergeblich nach einer Kennzeichnung für diese Justiz. Man kann nur immer wiederholen: die Schamlose!

Grüß dem Veteranen!

Wilhelm Bod zum 75. Geburtstag.

Am 27. April hat Wilhelm Bod sein 75. Lebensjahr vollendet. Vor fünf Jahren, als er die Schwelle des biblischen Alters betrat, hat ihm hier ein Benutzer den Dank der revolutionären Sozialdemokratischen Deutschlands in würdiger Form ausgesprochen: Franz Mehring war's. Er schrieb damals, daß der Jubilar noch in voller Frische und Kräftigkeit schaffe auf den hervorragenden Posten, die er dem Vertrauen der Parteigenossen verdankt. „Sein Leben ist harte Arbeit und Mühe gewesen, aber wenn er so daran gedacht hätte, den Frieden des Alters zu genießen, er wäre doch heute der rechte Mann an der rechten Stelle, nachdem der gewaltige Bau, dessen Grundsteine seine fleißige Hand schon schlichtet hat, von einem schwereren Weiterzuge getroffen worden ist.“

Seiner Weiterführung war die Selbstverleugung, die am 4. August 1914 die deutsche Sozialdemokratie an sich verübte hatte. Wilhelm Bod war unter denen, die dem Verderben von Anfang an Widerstand leisteten. Mehring schrieb:

„Als die historische Stunde des 4. August schlug, hat Wilhelm Bod nicht einen Augenblick geschwankt. Er wußte im Augenblick, wozu er gebürt; der unermüdete Streiter für die Einheit der Partei war für ihn immer bewußt, daß diese Einheit ein weiterer Kern nur sein kann, wenn sie sich begründet auf die Reinheit der Prinzipien, und allemal stand ihm der Kern über der Schale, die Sache über dem Wort, die Klugheit über der Willkür, die Tapferkeit über der Vorsicht, der Kampf über der Flucht. Dafür muß sich der rechte Mann nun schelten lassen als „Rebell“ und „Verteiler“ des Wertes, dem sein ehrenreiches Leben gewollt hat. Doch über ein so leichtfertiges Gebilde darf man das Wort erheben, das Karl Marx in ähnlicher Lage an einen ähnlichen Mann gerichtet hat: „Ich teile nicht die Billigerwunderung über die Konsequenz Ihres Lebens. Ich habe bisher immer gefunden, daß alle wirklich tüchtigen Naturen, die einmal die revolutionäre Bahn eingeschlagen, aus der Niederlage kein neues Kraft saugten und immer anschließender wurden, je länger sie im Strom der Geschichte flanden.“

Wilhelm Bod hat in den fünf Jahren, die seitdem verfloßen, in fünf schweren Kampfschritten gezeigt, wie recht Franz Mehring gehabt hat, als er diese ehrenvollen Worte schrieb. Der Mann, der die letzten Jahre des sozialistischen Bruderkampfes im 60er und 70er Jahrzehnt schon als Mitkämpfer und Mitarbeiter erlebt hatte, der allesot ein Kämpfer für die Einheit gewesen, er ärgerte nicht, als es galt, im Kriegesgebrauch und Verleumdungssturm aufrecht zu bekennen. Er war bei denen, die im Jahre 1918 die Kriegskriegsaktion entgegen dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verweigerten, auf die der Bann, der Ausschluß fiel und die dann zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sich zusammenschlossen. Wilhelm Bod, der Präsident des Einigungskongresses zu Gotha vom Jahre 1876 gewesen, er wurde der Präsident des Gothaer Kongresses von 1917, auf dem die aus der Organisation der Sozialdemokratischen Genossen die Unabhängige Sozialdemokratie gründeten. Über ebenso entschieden, wie er dem Kriegs- und Reformsozialismus abgesetzt hat, ebenso entschieden hat er sich dem Putschismus, dem Bakunismus widersetzt; der im Gewand des Kommunismus auftrat. Er hat den Schmerz erleben müssen, daß die Gothaer Bewegung, mit der er verwachsen war, daß das Parteiblatt, das er mit geschaffen hatte, in die Hände der Kommunisten fielen. Aber er ist darob nicht verzagt — in

einem Alter, in dem andre ihren Erinnerungen leben, ist er unbeeinträchtigt daran gegangen, beim neuen Aufbau des Zeitmagazins seine Pflicht zu tun — wenn die Unabhängige Sozialdemokratie in Gotha sich alsbald ein neues Organ schaffen konnte, so verdankt sie das nicht zuletzt der Mitwirkung Wilhelm Bods.

Er hat Treue gehalten. Nichts hat ihn von dem Ziele abbringen können, das schon der junge Schuhmachergeselle sich gesteckt hatte, der 1880 nach kurzer Wanderzeit und nach intensiver sozialistischer Lehrzeit (in der damaligen Hauptstadt des sozialistischen Deutschlands, in Hamburg) in seine thüringische Heimat zurückkehrte. Jahrzehntlang ist er in der Partei wie in der Gewerkschaft unermüdetlicher Arbeiter und Pfadweller gewesen. Die sozialdemokratische Bewegung Thüringens, die Organisation seiner Berufsgenossen, an deren Spitze er Dezentellen gestanden hat, sind Zeugnisse seines unermüdeten Wirkens. Er hat der Mandate viel getragen — im Reichstag, Gothaer Landtag, im Gemeinderat, in der Schuhmachergewerkschaft, in der Kontrollkommission der Partei, überall war er tätig. Und heute noch trägt er die Bürde des Reichstagsmandats, und noch vor wenigen Tagen ist er im Kampf gegen die Ausnahmegerichte einer der Sprecher der Partei gewesen.

Er ist jung geblieben in seinem Kampf- und tatendurstigen Leben. Ungebeugt von der Zahl seiner Jahre, eher einem Sechziger denn einem Stebziger gleichend, so steht er unter uns. Möge er uns noch lange so erhalten bleiben — uns allen ein Vorbild der Pflichterfüllung, der Treue.

Erhöhung der Biersteuerläge um das Vierfache.

Gelegentlich der Beantwortung einer Interpellation betr. die geplante Erhöhung der Biersteuer laute Finanzminister Dr. Krausnick im bairischen Landtag, die Lage der Reichsfinanzen zwinge dazu, bestehende Steuerquellen auszunutzen und neue Steuerquellen zu erschließen. Die Reichsregierung plane eine Vervielfachung der Biersteuerläge, so daß durch eine solche Erhöhung der Anfall aus der Biersteuer von jährlich 140 auf 400 Millionen Mark gesteigert werde. Nach dem Gelehe müsse auch Bayern eine derartige Erhöhung durchföhren, obwohl die bairische Regierung sich nicht im Zweifel darüber sei, daß eine vierfache Erhöhung der Biersteuer die drückendsten Folgen für die Brauindustrie und die Verbraucher nach sich ziehen und auch für das Gast- und Schankgewerbe schwerwiegende Folgen haben werde. Die bairische Regierung sei entschlossen weiteren Steuererhöhungen in dem geplanten Umfange mit allen verfassungsmöglichen Mitteln entgegenzutreten.

Die vielversprechenden Anfänge, die jetzt mit der ungeheuerlichen Erhöhung der indirekten Steuern gemacht werden, zeigen den „sozialen Geist“, der nach der Behauptung des ehemaligen Finanzministers Erzberger die Steuererhebung im neuen Deutschland durchweben soll, im besten Maße.

Münchener Radau-Antisemitismus.

München, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Gesellschaft Gnoss, die sich die Verjährung der Konfession zur Aufgabe gesetzt hat, hielt einen Vortragsanklus über Weltanschauungsfragen. Nachdem bereits ein Protestant und ein altkatholischer Herr gesprochen hatte, sollte am Dienstag auch Rabbiner Dr. Bärwald sprechen. Im Saale hatten sich eine Anzahl Halbkreuzkämpfer eingefunden. Nachdem der Redner ungefähr eine Viertelstunde gesprochen hatte, leiteten plötzlich Zwischengänge und Tumult ein. Alle Versuche des Vorsitzenden und anderer Versammlungsteilnehmer, die Ruhe wieder herzustellen, waren vergeblich. Wütlich sprang ein deutsch-russischer Schläger, bewaffnet mit Gummiknüppeln und Pfeifeln, in den Saal und fiel über die Zuschauer her. Stühle wurden zertrümmert und die Stuhllehnen ebenfalls von den deutschnationalen Jünglingen, die zum großen Teil Studenten waren, als Waffe benutzt. Eine große Zahl der Versammlungsteilnehmer wurde verletzt. Als der Tumult vorüber war, erschienen die böhmerische Polizei. — Derartige Vorkommnisse stehen in München nicht vereinzelt da. Unter dem planmäßigen Schutz der Münchener Polizei entwickelten sich die Halbkreuzkämpfer in München zu einer wahren Landplage.

Amnestie in Rußland.

Berlin, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Rote Presse meldet, daß ein Dekret der russischen Volkskommissare eine Amnestie erklärt. Die lebenslänglich verurteilten politischen Verbrecher sollen nach fünfjähriger Haft entlassen werden. Die republikanischen Gerichte erhielten aus Moskau einen strengen Befehl, wonach das strafgerichtliche Verfahren die mildernden Umstände in jedem Fall berücksichtigen soll.

Kämpfe mit den italienischen Orgeß-Wänden.

Berlin, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Rote Presse meldet aus Turin: Infolge sozialistischer Provokationen und Angriffe auf Kommunisten schritt das Turiner Proletariat zur Wache. Es kam zu einem großen Feuergefecht auf offener Straße. Die Arbeiterkammer von Turin wurde von bewaffneten Faschisten überfallen und in Brand gesetzt. Die Nachricht verbreitete sich blitzartig in der ganzen Stadt. Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich des Turiner Proletariats. In zahllosen Forderungen wurde die Arbeit spontan niedergelegt. Eilmächtige Straßenzüge trafen in den Streik. Einige Stunden später wurden die wichtigsten Fabriken besetzt. Ähnliche Garbe räumte sie am Abend wieder.

Wien, 27. April. (U.) Bei den vorgestrigen Wahlen in die Konstituante in Fiume erklärten die Faschisten eine Niederlage. Die Mehrheit der Stimmen entfiel auf die Parteien, welche von einem Anschluß an Italien nichts wissen wollen. Aus Rache darüber schickten die Faschisten Bomben in die Wahllokale, zerstörten die Bureau, proklamierten die Militärdiktatur und übernahmen die Stadterwaltung. Bewaffnete Faschisten durchstreifen die Stadt. Es kam zu Zusammenstößen, wobei drei Personen getötet und sechs verwundet wurden. Alle Verbindungen mit den Bordorten von Fiume sind unterbrochen. Die Faschisten drohen, die Hafenanlagen der Stadt zu zerstören.

Die Volksabstimmung in Tirol.

Bei der Abstimmung erklärten sich von 140 488 abgegebenen Stimmen 144 842 für und 1704 Stimmen gegen den Anschluß Tirols an Deutschland. Demnach haben 98,6 Prozent für den Anschluß gestimmt.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Erneute Stützung der Reaktionskräfte von Beutler bis Siefert. Die kleinste politische Gehässigkeit, mit der die bürgerlichen Parteien des sächsischen Landtags gegen die sozialistische Regierung operieren, führt die Herrschaften von einer Blamage in die andre. Das Bedauerliche ist dabei nur, daß durch derartige reaktionäre Stänkereien wertvolle Zeit, in der wichtigere und wirklich not-

wendige und im Interesse des Volkes nützliche Arbeit geleistet werden könnte, verloren geht.

Herr Dr. Wagner eröffnete gestern das Gopäntel mit einer sogenannten kurzen Ansage. Genosse Schürz hatte kürzlich etwas über die Diktatur des Proletariats gesagt, und den deutschnationalen Monarchisten war darob ein so gewaltiger Schreck durch die Knochen gefahren, daß sie wissen wollten, wie die Regierung zu dieser Frage stehe und was sie tun wolle. Herr Bund fertigte die Herren kurz ab, indem er erklärte, die Regierung werde dagegen gar nichts tun. Die einzelnen Minister hätten die Verfassung beschworen und würden sie auch schützen sowohl gegen Angriffe von links wie von rechts. Schade, daß der vorstellige Herr Wagner sich mit einer „kurzen“ Anfrage begnügt hatte. Sonst hätte den deutschnationalen Hehrojohi. in schon bei dieser Gelegenheit auf die Finger geklopft werden können. Aber das geschah auch so noch.

Die Deutsche Volkspartei hatte eine Interpellation eingebracht über die Ausbildung der Polizeibeamten in Geschichte und Staatsbürgerkunde, und Herr Dr. Hornmann der Marxisten, der schon im Rechtsausschuß bei Erörterung dieser Frage ein Beispiel seiner „Wahrheitsliebe und Gewissenhaftigkeit“ gegeben hatte, erlaubte sich, der Versammlung einen Vortrag über Objektivität und Neutralität zu halten. Geradezu vernichtend war die Ubfuhr, die ihm Minister Lipinski erteilte. Lipinski stellte die Selbstverständlichkeit fest, daß die Regierung darüber zu wachen habe, daß gemäß der Verfassung der staatsbürgerliche Unterricht an die Beamten im demokratisch-republikanischen Sinne zu erfolgen habe. Dann aber machte er die Entschuldig, daß es eine militärische Stelle, der die Herren von der Rechten doch sehr nahe stehen, gewagt habe, ohne Wissen des Ministeriums und des Volkes gefahren sich der Landespolizei ein monarchistisches Lehrbuch aus dem Jahre 1908, in dem die Monarchie in der allerabernsten Form verherrlicht und das Volk verächtlich gemacht wird, zum Unterricht überweisen habe. Diese Mitteilung rief auf der Linken einen Sturm der Entrüstung hervor. Auf der rechten Seite wirkte sie so niederstimmend, daß der sonst sehr gewandte Dr. Beutler in seiner Verlegenheit nichts anderes fand als ein paar Worte über das „hohe Niveau des Parlaments“ und die freche Verdächtigung: man könne ja gar nicht wissen, wie das Buch in die Hände der Landespolizei gekommen sei. Und nun hagelten die Stebe von den Rednern der drei sozialistischen Parteien. Genosse Müller kennzeichnete besonders die Unangenehmheit der Deutschnationalen und zeigte den Zusammenhang der monarchistischen Treiberen in der Landespolizei mit der unerschämten hochverräterischen Dege, die tagtäglich in der deutschnationalen Presse getrieben wird. Ein besondere Stützung erfuhren die Demokraten, die sich soviel auf die demokratische Weimarer Verfassung einbildeten und den offen gegen diese Verfassung anstößenden deutschnationalen Monarchisten ständig Handlangerdienste leisten. Vom Minister aber verlangte unser Redner unter lebhafter Zustimmung der Mehrheit eine sofortige Befestigung der militärischen Stelle, die sich erlaubt hat, die monarchistische Propaganda in die Landespolizei zu tragen.

Der zweite vernichtende Schlag traf die Demokraten, speziell Herrn Dr. Reinhold, der wegen der Ausweitungspraxis Lipinski's Interpellierte. Der Herr trug zwei Fälle vor, die nach der Erklärung des Ministers in nichts zusammenkrumpten. Das interessanteste aber war, daß Herr Dr. Reinhold während seiner kurzen Ministerherrlichkeit selbst einen Ausländer in Dienst gebracht hatte. Der deutschnationalen Bärner, der im Leipziger Stadiparlament schon eine so überaus komische Natur abgab, hielt eine so dumme antisemitische Schrebe, daß selbst seinen Parteifreunden dabei angst und bange wurde. Genosse Liebmann so wohl als auch der Rechtssozialist Hellisch und der Kommunist Renner knüpften sich den Antisemiten geschickt vor und rümpften ihn besonders wegen seiner unverkennbaren Angriffe gegen die Ostjuden, die während des Krieges von den Kriegsheern und Kriegsgewinnern zur Arbeit gezwungen und ausgebeutet wurden und jetzt dafür in dieser Weise den „Dank des Vaterlandes“ zu spüren bekommen.

Die gestrige Session blühte der reaktionären Sippe nicht sonderlich bekommen sein. Wenn es sie zu neuen Taten gestiftet: wir sind gerüstet.

Wiedereinführung der pädagogischen Seminare an den höchsten höheren Schulen.

Das sächsische Kultusministerium gibt bekannt, daß es seine bisherige Bereitwilligkeit, die Kandidaten des höheren Lehramts der von ihnen selbstgewählten Schule zur Ableistung des Vorbereitungsdienstes zuzuwiesen, wesentlich einschränken muß. Es ist bei dem bisherigen Verfahren dahin gekommen, daß in den Großstädten, vor allem in Leipzig, die Schulen mit Kandidaten in nicht mehr erträglichem Maße überfüllt sind, während für die Schulen in mittleren und kleineren Orten kaum für Vertretungen ein Kandidat zu gewinnen ist. Es werden deshalb in Zukunft im allgemeinen nur noch die Kandidaten großstädtischen Schulen zugewiesen, die zureichende wirtschaftliche oder wissenschaftliche Gründe beibringen können. Außerdem werden mit Wirkung d. J. die pädagogischen Seminare an den höheren Schulen wieder eröffnet werden, so daß auch hierdurch eine gleichmäßigere Verteilung der Kandidaten eintritt. Endlich wird das Ministerium die Kandidaten, die seiner Aufforderung, als Vertreter an einer Schule Auszubildende zu leisten, nicht entsprechen, bei Verwendungen oder Entstellungen für die nächsten drei Jahre unberücksichtigt lassen.

Austragsmangel im Spinnereigewerbe.

Im Betriebe der unter Geschäftsaussicht gestellten Firma Hornmann Wänsche Erben in Oberbach wurde von der Geschäftsaussicht und dem Betriebsrat beschloßen, infolge des Mangels an Austragsen Betriebsbeschränkungen in der Weise vorzunehmen, daß mit Ausnahme der Spinnerei der Betrieb eine Woche ruhen und eine Woche arbeiten soll. Von den Einschränkungen werden 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

Mausen i. B. Vermutlich nach einem Kampfe mit Schmugglern ist in der vergangenen Nacht in dem an der Grenze gelegenen Dorfe Schönberg der vierzig Jahre alte Grenzaufseher Besemann erschossen worden. Er stammt aus einem Dorfe in der Nähe von Leipzig und war Vater von fünf Kindern. Mit Hilfe eines Polizeihundes ist die Verfolgung der Täter aufgenommen worden.

Von Nah und Fern.

Überfall auf einen Personenzug.

Berlin, 28. April. Wie das Tageblatt aus Weutheit meldet, stellten gestern nachmittags 4 bewaffnete Banditen den sachsenanmigen Personenzug Rattow-Brosau zwischen den Stationen Glawentitz und Randsin auf freier Strecke an und raubten aus dem Postwagen Postkassen mit insgesamt 500 000 Mark Bargeld. Drei der Räuber sind entkommen; der vierte wurde von der Menge ergriffen und getötet.

Verantwortlich für den reaktionären Teil:

Heinrich Heine in Leipzig.

Verantwortlich für den Interferenten:

Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Ich bin befreit v. allen Hautunreinigkeiten u. Hautausschlägen, wie Blüthen, Mitesser, Finnen, Pickel usw. d. tgl. Gebrauch der echten **Stechenpferd-Tiermilch-Säse** v. Bergmann & Co., Radebeul.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. April.

Parteilangelegenheiten.

Ortsverein Sonnabend, den 30. April, abends 7 1/2 Uhr. Funktionärssitzung, 9 Uhr Vorstandssitzung in der Bibliothek.

Gewerkschaftskartell. Heute Abend 7 Uhr Monatsversammlung im Volkshaus, Zimmer 9.

Gegen den Ansturm der Reaktion.

Der 1. Mai war für das kämpfende Proletariat nie ein bloßer Fest- und Feiertag. Er trug stets — halb mehr, halb weniger scharf ausgeprägt — den Charakter eines Kampftages.

In Deutschland hat die November-Revolution der Arbeiterklasse nicht die Befreiung aus dem Ausbeutungsloch des Kapitalismus gebracht. Obwohl die durch den Völkermord angegrichteten entsetzlichen Verwüstungen in der Volkswirtschaft, die Verarmung des Volkes und das furchtbare Massenelend in den breitesten Volksschichten gebieterisch einen planmäßigen Aufbau der Wirtschaft nach sozialistischen Grundgesetzen erforderten.

Auf der anderen Seite ist der Kapitalismus gestärkt und die Macht der Kapitalistenklasse gestärkt worden. Das Unternehmertum füllt sich jetzt stark genug, neue Schläge gegen die Arbeiterklasse führen zu können. Obwohl die Arbeiterklasse ständig zunimmt, arbeiten die Unternehmer unermüdet an Plänen zur Bekämpfung des Wirtschaftsunvermögens und zur Verlängerung der Arbeitszeit.

Gleichzeitig arbeiten Bourgeoisie und Staatsgewalt eifrig Hand in Hand, um neue Anschläge auf die politischen Rechte der Arbeiterklasse auszuführen. Daneben der wohlwollenden Nachsicht und der verständnisvollen Unterstützung der Regierungen konnte das Bürgertum seine festgefühten Konterrevolutionären Organisationen, seine Organe verbände und andre reaktionäre Vereinigungen, über das ganze Reich ausbreiten, ausbauen und bewaffnen.

Die allseitigen Missetaten der reaktionären Mächte zeigen dem Proletariat, was es zu erwarten hat. Sie weisen ihm den Weg, den es gehen muß. Die deutsche Arbeiterklasse hat trotz alledem keine Ursache zu verzagen oder verzweifeln zu werden.

Ein liebes Kind.

Von Arzabi Wertschents.

(Schluß)

IV.

Wie zum Mittagessen ist noch lange hin. Sascha beschließt deshalb, den Mieter Grigori Zwanowitsch zu besuchen, der zu Hause sitzt und irgendetwas schreibt.

„Guten Tag, Grigoriwanitsch!“ sagt er mit dem süßesten Stimmchen.

„Scher dich raus! Du störst mich!“

„Ich werde ganz still sein. Ich werde Sie nicht stören.“

Bestimmte Blicke hat Sascha einzuweisen noch nicht; alles hängt einzig von einer günstigen Gelegenheit und der Eingebung des Augenblicks ab: vielleicht, daß es gelingt, wenn der Mieter sich abwendet, eine Feder zu fibigen, irgendeine Frage auf seine Papiere zu malen oder sonst irgendetwas zu vollbringen, das geeignet wäre, für die übrige Dauer des Tages eine heitere, gehobene Stimmung zu besorgen.

„Scher dich raus, sage ich dir!“

„Was ist denn los? Störe ich Sie etwa?“

„Ich werde dich gleich bei den Ohren nehmen und rauswerfen... Was ist es nun bald?“

„Ma-mal!“ schreit Sascha lächelnd, weil er weiß, daß die Mutter im Nebenzimmer ist.

„Was hast du denn?“

„Ich... Alld der Mieter und hält ihm den Mund zu.“

„Ich tue dir ja nichts. Nun, sei still, sei artig, mein Junge...“

„Ma-ma-a!“ Er jagt mich hinaus!“

Die Mutter erscheint auf der Bildfläche.

„Sascha, du störst Grigori Zwanowitsch! Er hört Sie gewiß, nicht wahr?“

„O, durchaus nicht, in keiner Weise,“ versichert der Mieter

stimmungslos.

Überlegenheit keine Maßnahmen treffen, um zur gegebenen Zeit den Kampf mit Erfolg aufnehmen zu können. Das Proletariat kann seine Vorbereitungen treffen in dem sicheren Bewußtsein, daß sich seine Kampfmittel nicht wie die seiner Gegner in dem Rüstzeug der Militaristen erschöpfen.

Nicht hat das Proletariat vor allem die Aufgabe und die Pflicht, seine Kräfte unter dem Banner des revolutionären Sozialismus zu sammeln, seine Reihen zu schließen und die geschlossene Front gegen die gemeinsamen Feinde aller Proletarier, gegen Kapitalismus und Bourgeoisie herzustellen. Löst das Proletariat diese Aufgabe, dann kann es getrostes Mutes dem Ansturm der Reaktion entgegengehen, dann wird es den Sieg an seine Fahnen fesseln.

Die Kundgebungen am 1. Mai sind für die Arbeiterschaft eine Heeresparade, bei der sie ihre Streitkräfte mustert. Sie sollen aber auch dem Bürgertum demonstrieren, daß das Proletariat vor keiner Drohung der Reaktion zurückschrickt, daß das Proletariat vielmehr entschlossen ist, den Kampf mit allen Kräften durchzuführen.

Darum, Klassenossen und -genossinnen, rüstet zu wichtigen Massenkundgebungen am 1. Mai!

Ein städtischer Kröbelkindergarten in Stöbteritz.

Das Leipziger Jugendamt macht an den Stöbteritzer Platanläulen bekannt, daß es gewillt ist, am Orte einen Kröbelkindergarten zu errichten, für Kinder im Alter von 3—6 Jahren. Bevor es jedoch zur Einrichtung schreitet, möchte es ein Bild über das allgemeine Bedürfnis haben, es fordert deshalb die Elternschaft von Stöbteritz auf, soweit sie ihre Kinder hineinzuschicken gedenkt, sich in eine Liste einzuschreiben, die bis zum 30. April in der Stöbteritzer Volkzei- und Kassewaue ausliegt.

Es ist erfreulich, daß es nun endlich soweit ist, daß Stöbteritz einen Kröbelkindergarten erhalten soll. Vor reichlich einem Jahre schon richtete der Ortsverein Stöbteritz der U.S.P. in einer Eingabe das Ersuchen an das Jugendamt, am Orte einen solchen Kröbelkindergarten zu errichten. Jetzt ist es endlich gelungen, in der früheren Heilanstalt Thonberg geeignete Räume dafür zu erhalten und zwar soll das rote Haus, längs der Schönbadstraße, dazu verwendet werden. Da keinerlei Zahlen vorhanden sind, für wieviel Kinder der Garten ungefähr in Betracht kommt, und da vielleicht auch der Rat, der bisher noch nie eine solche Einrichtung getroffen oder neu geschaffen hat (bisher wurden sie nur von privater Seite oder von Vereinigungen getroffen), etwas jaghaft zuzufast, raten wie den Müttern, den letzten entscheidenden Einfluß auf den Rat auszuüben und sich bis zum 30. April zahlreich in die ausgelegten Listen einzuschreiben.

Der Zweck des Kröbelkindergartens ist: die Kleinen für ein paar Stunden am Tage zu einer Spielgemeinschaft zusammenzuschließen, sie im Winter nach der Methode des bekannten Beda-gegen Kröbel, in kleinen Handfertigkeitsarbeiten zu unterrichten, im Sommer ihnen aber unter Aufsicht einer Kröbelgärtnerin Sandberg, Wiese, Licht, Luft und Sonne zugänglich zu machen. Da das in Aussicht genommene Gebäude schöne helle Zimmer aufzuweisen hat, außerdem die Zimmer durch eine Veranda mit dem angrenzenden Park verbunden sind, sind alle Voraussetzungen für einen idealen Kröbelkindergarten gegeben. Gar selten sind in den Leipziger Kröbelkindergärten die Bedingungen erfüllt, die wir an sie zu stellen haben. Die meisten der Gärten sind in den Schulen untergebracht, haben nur ein Zimmer zur Verfügung, sobald fehlt ihnen der für Kleinkinder Spiele unerlässliche Garten, außerdem sind wegen ständigen Geldmangels die Einrichtungen meist so primitiv, daß ein Handfertigkeitsunterricht im Sinne Kröbels gar nicht erstellt werden kann. Trotz dieser großen Mängel sind sie aber alle durchweg stark besucht, ein Zeichen, wie groß das Bedürfnis der Bevölkerung nach solchen Einrichtungen ist. Mit den Kröbelkindergärten steht es ähnlich; sie sind, um sich wirtschaftlich zu halten, gezwungen, die Kleinen in unbeschränkter Zahl aufzunehmen. Damit sind für die Kinder selbstverständlich die größten gesundheitslichen Gefahren verknüpft. All diesen Uebeln kann nur abgeholfen werden, wenn das Jugendamt sich selbst energisch dafür einsetzt und in allen Ortsteilen hygienisch einwandfreie Kröbelkindergärten schafft. Um rascher damit vorwärtszukommen, muß das Jugendamt aber auch die Unterstützung der Bevölkerung haben und deshalb ermahnen wir noch einmal, die Listeneinzeichnung bis zum 30. April vorzunehmen.

Zur Elternratswahlstatistik.

In der gestern veröffentlichten Tabelle stimmen die Angaben über die 5 Volksschulen nicht. Es standen hier 5 Listen zur Wahl, nämlich: U.S.P.D., S.P.D., A.P.D., eine bürgerliche Liste für die weibliche Schule mit dem Spitznamen Sahnemann und die christliche Liste. Die Stimmen der Liste Sahnemann und die christliche Liste, die die 118, sind für die A.P.D. eingekalkuliert, was unzutreffend, da für die A.P.D. nur 27 Stimmen abgegeben wurden. Die 27 Stimmen

wurden vom Wahlausschuß für ungültig erklärt, wegen unrichtiger Größe. Es wurden abgegeben insgesamt 1177, davon waren unzulässig 2 unglücklich, dann wurden die 27 A.P.D. für ungültig erklärt, so daß 1148 verblieben, die sich verteilen auf

U.S.P. 232, S.P.D. 92, A.P.D. 27, Liste Sahnemann, weltlich 115, Christliche 711. Berner wurden die Stimmen laut Beschluß der letzten Elternversammlung, nicht auf 9, sondern auf 13 Kandidaten verteilt. Es erhalten sonach Stbe: U.S.P. 3, S.P.D. 1, A.P.D. 1, Liste Sahnemann 1, Christliche 8.

Die Gesamtzahl der Vertreter besteht demnach aus 223 U.S.P.D., 25 S.P.D., 18 A.P.D., 1 Bürgerlichen und 256 Christlichen.

Der Aufbau der Leipziger landwirtschaftlichen Wanderausstellung. Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft hat sich bekanntlich für ihre diesjährige 28. Wanderausstellung in Leipzig vom 19. bis 21. Juni das städtische Ausstellungsgelände in der Reichshainer Straße gesichert. Ein Gang über den Platz mit seinen hohen Bäumen läßt zunächst nur die Planierungsarbeiten und den Bau des großen Ringes erkennen, doch hören wir, daß die Einleitung von etwa 1200 Ständen auf den 56000 qm fassenden Ausstellungslächen im Freien und in den rund 18000 qm großen Hallen nahezu fertiggestellt ist. Der Bau der Ringhalle und der Anlagen für Gelüftung im Freien hat begonnen, die Röhre des mit dem Aquarium verbundenen Kanals in Quarz genommen. Da die D. V. G. jedem Aussteller auf Wunsch elektrische Energie und Wasser zuführt, sind für diese Zwecke noch umfangreiche Arbeiten erforderlich.

Das Reichsfinanzministerium hat die Frist zur Abgabe der Einkommensteuer-Erklärung allgemein für das Reichsgebiet bis 15. Mai 1921 verlängert.

Betrag mit Theater-Eintrittskarten. In der letzten Zeit haben die Fälle zugenommen, daß Personen sich auf unredelmäßige Weise Zutritt zu den Vorstellungen in den städtischen Theatern verschafft haben. Die Intendanten sehen sich, wie uns mitgeteilt wird, veranlaßt, solche Fälle unmissverständlich an die Staatsanwaltschaft abzugeben. Vom Gericht ist darnach erst in letzter Zeit wieder auf Strafe wegen Betrugs erkannt worden.

Freidenker, nächste Veranstaltungen: Alt-Keimig, Börsenrestaurant, Trübnirung, Montag, den 2. Mai; Böhmisch-Ehrenberg, Große Eiche, Montag, den 2. Mai; Gohlis-Entscheid, Restaurant Gaisberg, Dienstag, den 3. Mai; Leutzsch, Schwarzer Jäger, Freitag, den 6. Mai; Othen, Baumgarten Gesellschaftsbau, Freitag, den 6. Mai; Wahren, Birkenhain, Freitag, den 6. Mai; Rosau, Ratskeller, Montag, den 9. Mai; Baumdorf, Albertsburg, Dienstag, den 10. Mai; Lindenau, Zwei Linden, Donnerstag den 12. Mai; Kleinhöcker, Bürgergarten, Donnerstag, den 12. Mai, jeweils abends 7 1/2 Uhr. Vortrag und Ausstrahlung, Anmeldeungen auch zur Freiberufungsfälle, Auskunft über Kirchensteuer usw. Außerdem für Alt-Keimig und Gohlis-Entscheid in Crostwitz, Gohlis, verbunden mit Ausflug dorthin, Donnerstag, den 3. Mai. In allen Veranstaltungen sind alle Proletarier, Mitglieder und Nichtmitglieder, herzlich eingeladen.

Sozialistischer Studentenbund an der Universität Leipzig. Freitag, 29. April, abends 8 Uhr, bei Krieger und Helbig, Schlossstr., konstituierende Sitzung, Ferienbericht, Neuwahl des Vorstandes, Semesterprogramm.

Selbstschutz-Vorträge. Morgen Freitag, abends Punkt 7 1/2 Uhr, spricht im großen Saale des Zentraltheaters Herr Professor Dr. Senfert, Dresden, über Modelldrohnen, Modeldrohnen. Der Redner wird dieses interessante Thema mit zahlreichen Lichtbildern begleiten.

Lebensmittelliste für Freitag, den 29. April.

Für Haushaltungen. Ausgabe. Rindfleisch (heilige Schlachtung) für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegsernährung ausgefertigte Besuchsarten: Buchstab. W-Z, 8-3 Uhr auf dem Schlachthof, gegenüber dem Schaumit II, rechts 1. Tür. Pfund 7.80 Mk. Einschlagepapier mitbringen! Briketts für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene durch die Fa. Georg Berner auf der Niederlage der Fa. Witz & Co., Leipzig, Ellenburger Bahnhof, Poststraße 16. Gutscheine der Nr. 3301-3450 von 8-12 Uhr vorm., Nr. 3451-3600 von 1 bis 4 Uhr nachm., je 2 Zentner. Die Briketts für die angegebenen Gutscheine sind unter allen Umständen abzuholen, da sie sonst verfaulen.

Polizeinachrichten.

Uebervall in einem Hause in der Fichtelstraße. In der Fichtelstraße ist am 25. d. M., früh 8 Uhr, einer aus dem Keller heraus tretenden, in dem Hause wohnenden Frau ein Unbekannter mit der Frage entgegengetreten, ob sie Sinafons kaufen wollte. Als die Frau das verneinte, hat der Unbekannte versucht, ihr die Wohnungsschlüssel zu entreißen und sie dabei am Hals gewirrt, so daß es ihr unmöglich war, um Hilfe zu rufen. Als in diesem Augenblick eine Wohnungstür im Erdgeschoß geöffnet wurde, versetzte der Unbekannte der Frau noch einen Stockschlag gegen den Leib und lief hiernach eilhaft davon. Der irische Patron soll etwa 40 Jahre alt, ungefähr 1,80 m groß und hager gewesen sein, dunkelbraune Haare und Schnurrbart getragen haben und mit schwarzer Jacke, Cutaway und schwarzem, weichem Hut bekleidet gewesen sein, sowie einen Spazierstock mit weissem, kugelförmigem Dorngriff bei sich geführt haben. Angaben zur Sache erbittet schnellstens die Kriminalabteilung.

Wer kennt den Toten? In der Frankfurter Straße, in der Nähe der Zepfelinstraße, ist am 28. d. M. ein unbekannter Mann plötzlich erkrankt und kurz darauf gestorben. Der Unbekannte war mit einem Handwagen nach der inneren Stadt zu gefahren, als er von einem Unwohlsein befallen wurde, wie eine Zeugin gelehrt hat. Er ist etwa 60-65 Jahre alt, 1,68 m groß, hat graues Haar, grauen starken Schnurrbart und hirschenhafte Zähne. Bekleidet war er mit dunklem Winterüberzieher, dunklem, gestreiftem Jackett.

Vor dem Schlafengehen hatzrt noch eine Reihe wichtiger Geschehnisse: in erster Linie sämtliche Schreibeborn des Mieters Grigori Zwanowitsch mit Del einzuschüttern (ein während des Morgenbesuches gereifter Plan), dann für den Schuster Boris Zigaretten zu fibigen und schließlich die gezeuerten Mägen, dafür, daß sie ihn wieder gepufft hat, in Plawetas Truhe zu gießen. — Beim Schlafengehen noch ermüdet Sascha liebevoll den neuesten Plan: im stillen abzurufen, bis alle schlafen, in den Salon zu schleichen und von den Tischen, Fedeln und Bildern die hübschen Stempeln abzuweihen, die irgendein uniformierter Mann da hingeliebt hat. — O, die kann er vorzüglich gebrauchen! ..

Kleine Chronik.

Ausgang des Ortsvereins Kleinhöcker der U.S.P.D. Ein ereignisreiches Programm, das vom Arbeiterbildungsinstitut zusammengestellt war, suchte in künstlerischer Weise erzieherisch und unterhaltend auf das Publikum zu wirken. Der erste Teil umfaßte Werke von Haydn und Mozart, die in der Wiedergabe durch Fräulein Käthe Grundmann (Gesang) und die Herren Lange (Violine), Wintgen (Cello), Beck (Klavier) und Rudolph (Horn) den ganzen Reiz ihrer Grazie und Melodik auf die Hörerschaft ausströmten und wohl jeden, auch dem musikalisch noch ganz ungeschulten Hörer, etwas zu geben hatten. Größere Anforderungen an den Hörer stellte der zweite Teil der Vortragsfolge, der Brahms und Dvorak gewidmet war. Doch ist auch die Brahms'sche Liedkunst im besten Sinne volkstümlich und wirkt ebenso unmittelbar auf den Hörer wie das ganze Naturschwärmen in den vorgetragenen Klavierwerken. Die Arbeiterschaft hat durch ihren Beifall ihren Dank für die Künstler und ihre Einverständnis mit der Arbeit des Arbeiterbildungsinstituts.

„Er kann ruhig dableiben.“
„Wo — ich dich hin, Sascha, aber sei artig.“
„Daß der Teufel dich mitkamt deinem Sascha hole,“ denkt der Mieter im stillen, während er sagt:
„Ein stutzer Junge! hm — ja... Er zieht ansehend die Gesellschaft Erwachsener vor...“
„So ist es...“ bestätigte die Mutter und erstrahlte in Glück...

V.

Am besten jedoch amüsiert sich Sascha des Mittags bei Tisch. Er will dies nicht essen und das nicht essen, mißt sich in alle Gespräche, schlenkert mit Armen und Beinen, wackelt mit dem Kopf und ist, als die Suppe sich endlich über das Tischuch ergießt, hocherfreut, zwei Mägen mit einem Schlage zu schlagen: erstens die verhasste Flüssigkeit los zu sein und zweitens die Tischgesellschaft auf die Beine zu bringen.

„Ja mag das Kotelett nicht!“

„Warum nicht?“

„Es sind Haare darin!“

„Was für Lügen! Du willst also nicht? Nun, dann schwill meinetwegen an vor Hunger!“

Sascha, dem diese Aussicht über die Mägen verlockend erscheint, schließt das Kotelett von sich und sht etwa fünf Minuten in stummer Erwartung. Da ihn nach Ablauf dieser Zeit dünkt, lange genug gehungert zu haben, betastet er insgeheim seinen Leib — ob er schon angeschwollen ist oder nicht.

Der Leib jedoch ist völlig normal, und so beschließt Sascha denn, sich mit dieser Frage ein andermal gründlicher zu befassen und solange zu hungern, bis er angeschwollen und umfangreich wird, wie ein Foh.

VI.

Das Mittagessen ist beendet, aber der Zappelgeist in Sascha hat noch lange nicht Ruhe.

Herr Börner für seine beschuldenden Neugierungen gegen den Minister als Entscheidungsgewalt. Er schließt jeden Tag einen Juden. Da es immer noch genug Juden gibt, ist das ein Beweis, daß Herr Börner noch nicht genug gestrichelt hat. In übrigen habe ich den persönlichen Eindruck, daß wie sich Herr Börner im Leipziger Stadtverordnetenkollegium bemüht, die tonische Figur zu machen, er hier den Körper des Landtags macht.

Hg. Renner (Kommunist): Eins habe ich gemein mit der Auffassung des Hg. Börner, daß man mit dem Schleber- und Schmarogergeist anräumen müsse. Nur sind diese nicht bei den vertriebenen Kindern zu suchen, sondern bei den Parteifreunden des Hg. Börner. Die sächsische Regierung müßte ein Asylrecht für politische Flüchtlinge einführen.

Hg. Kellisch (Soz.): Die bürgerlichen Parteien hätten sich bei der Behandlung dieser Frage von den kleinlichen, gehässigen Gesichtspunkten und vom niedrigsten Antisemitismus lassen lassen. Der Ostjude sei auf Befehl der ehemaligen deutschen Herrschaft nach Deutschland gekommen und hätte für diese Vorkriegsdienste getan. Auf Grund dieser Tätigkeit seien sie nun in ihrem Lande nicht mehr geduldet. Und hier sollten sie nun ausgewiesen werden. Das sei der berühmte Dank des Vaterlandes. Die Antisemiten seien eine ganz gefährliche Sorte von Menschen. Er müsse es entschieden zurückweisen, daß im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Schleberei immer nur die Juden genannt würden.

Hg. Reinhold (Dem.) macht dem Minister den Vorwurf, daß er auf die von ihm erwähnten Fälle nicht näher eingegangen sei.

Minister des Innern Spinski: Ich habe Ihnen aus der Ver- ordnung nachgewiesen, daß nur dann eine Ausweisung erfolgen soll, wenn Tatsachen nachgewiesen worden sind. Beim Fall Demotil lag nur ein Verdacht, aber keine Tatsachen vor. Wenn in der Presse behauptet wird, daß ich bei mehrfach vorbestraften Ver-

brechern eine Ausweisung zurückgenommen habe, so ist das eine Unwahrheit. Wo solche Bedenken entstanden, habe ich das menschliche Gefühl sprechen lassen und nicht bloß den Paragraphen. Es wäre ja übrigens ganz zwecklos, das Ministerium zur Entschädigung anzuhaken, wenn alle Entscheidungen der unteren Instanzen unantastbar wären. Wenn Sie mit der Tätigkeit des Ministeriums nicht einverstanden sind und es ändern wollen, so ist das Ihr gutes Recht. Aber Sie allein entscheiden nicht darüber, sondern die Mehrheit des Landtages.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen verschiedener Abgeordneter ist die Aussprache erschöpft und die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 4. Mai.

Schreiben der Amtshauptmannschaft. Nach diesem ist die Kontrolle der Erwerbslosen auf dem Gemeindeamt durch die Erwerbslosenkassen nicht zulässig. Die Berechnung der Unterstützung für Kurzarbeiter wird auch fernerhin nach 60 Proz. vorgenommen. —

Darauf nichtöffentliche Sitzung.

ma. Laucha. Gemeinderatsitzung. Nach einer Mitteilung vom Kultusministerium kann der Stadt keine neue ständige Lehrstelle genehmigt werden, es soll darum veräußert werden, wenigstens einen Hilfslehrer anzustellen. Für die von der Stadt errichteten Häuser in der Marktstraße und in der Windmühlstraße wird ein höherer Mietpreis gefordert, da die Stadt an diesen Häusern zu viel zuleide. Den Antrag zu dieser Erhöhung der Mieten gibt wohl das Wohnungsamt in Dresden, denn es fordert von der Gemeinde, den Quadratmeterpreis für die mit Staatsausgaben gebauten Häuser auf 10 Mt. festzusetzen. Nach längerer Aussprache wird der Mietpreis in der Marktstraße von 7,25 auf 8,50 Mt. und in der Windmühlstraße von 8,25 auf 9,50 Mt. für den Quadratmeter festgesetzt. Bei der letzten Auszahlung der Beschaffungsbeiträge an Erwerbslose macht sich noch eine Nachbewilligung von 7000 Mt. nötig. Bewilligt werden die Reparaturkosten der Umarmung an den städtischen Pachtgärten von 3000 Mt. Im Krankenhause werden die Verpflegung auf 5 Mt. für Erwachsene und 4,50 Mt. für Kinder erhöht. Für Auswärtige wird das Schulgeld auf 75 Mt. jährlich festgelegt. Das für den Schulgarten vorgesehene Land soll dieses Jahr nochmals verpachtet werden, da die Pachterschaft zu keiner Einigung hinsichtlich der Einrichtung des Gartens kommen konnte. Vom Feuerlöschhaus wird beantragt, 200 Meter Schläuche mit Kupplungen anzuschaffen, die Kosten von 3000 Mt. sind in den nächsten Haushaltsplan einzustellen. Für die Instandhaltung der Ausrüstung des Schlauch- und Geräterwagens werden noch 1000 Mt. gefordert. Die Entschädigung für den Herbrand der Feuerwehr wird auf 600 Mt. festgelegt. Zur Errichtung einer Stiftung anlässlich der 50-Jahr-Feier der freiwilligen Feuerwehr werden 1000 Mt. als Grundstock zur Unterstützung veranlagt oder in Not getretener Feuerwehrleute bewilligt. In der nichtöffentlichen Sitzung wurden verschiedene Grundstücksangebote abgelehnt.

Aus der Umgebung.

el. Solohausen. Gemeinderatsbericht. Die Aufstellung des Haushaltes für 1921/22 wird dem Finanzausschuss über- wiesen. — Die Gemeinderrechnung, die sich auf die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 erstreckt, liegt vor. Einer Einnahme von 230.086,08 Mt. steht eine Ausgabe von 216.657,06 Mt. gegenüber, so daß ein Guthaben von 113.428,12 Mt. verbleibt. Zur näheren Prüfung gelangt diese ebenfalls an den Finanzausschuss. — Der mit dem Rat der Stadt Leipzig laufende Gasvertrag ist am 30. Juni 1921 spätestens zu kündigen, da die 20jährige Vertragsdauer abgelaufen ist. Vom Gemeinderat wird der An- schluß an die Thüringer Gasgesellschaft beauftragt, da der Preis bei dieser Gesellschaft 50 Proz. billiger ist pro Kubikmeter. Das Kollegium beschließt nach längerer Debatte einen Abbruch eines neuen Vertrags mit der Stadt Leipzig und dem Gaswerk Engelsdorf in Verhandlungen einzutreten. — Von der freiwilligen Feuerwehr ist ein Gesuch an den Gemeinderat gerichtet, in welchem um die Errichtung einer Stelgerwand nachgesucht wird. Desgleichen wird nachgesucht um eine jährliche Beihilfe von 500 Mt. und Entschädigung für entgangenen Arbeitslohn bei einem Brand am Tage. Diese Anträge werden in zumittemdem Sinne erledigt. Des weiteren nimmt der Gemeinderat noch Kenntnis von einem

Rüstet zur Maifeier, zu den Massentundgebungen am 1. Mai!

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Kleinzschocher. Die für Sonnabend, den 30. April, angelegte Mittelleder-Veranstaltung findet nicht statt. — Die Mitglieder werden gebeten, Sonntag, den 1. Mai, früh 10 Uhr, zur Demonstrations-Veranstaltung in der Terrasse zu erscheinen. Nachm. 2 Uhr Sammeln der Parteigenossen und Gehörlosen mit Kindern am Sammelplatz Antonienstr. 10. Gießerstr. Umrahmt Punkt 2 Uhr nach Sportpark Leipzig. Zahlreiche Beteiligung ist entgegen. Der Vorstand.

Liebertwolkwitz. Die Mittelleder-Veranstaltung findet umständehalber am Dienstag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, im Klub statt. Thema: Sozialisierung der Kohlen. Ref. Gen. Frenzel. — Sonntag, den 1. Mai, vorm. 10 Uhr, Umrahmt zur Maidemonstration. Abds. 8 Uhr Maifeier im Klub, bestehend aus Gesangs- und turnerischen Aufführungen. Ansprache Genosse Frenzel. Leipziger. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Die Bibliothek ist von Freitag, den 6. Mai an, nur noch Freitags, abends 6-7 Uhr, geöffnet.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler

Zahlstelle Kleinzschocher.

Sonnabend, den 30. April, abends 1/8 Uhr, im Restaurant Ratzeburger General-Versammlung.

Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahl, Stellungnahme zur Lokalmitte.

Um zahlreichsten Besuch bitten. Die Ortsverwaltung.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Gau- und Bezirks-Sportausflug.

Freitag, den 29. April, abends 7 Uhr, im Restau- ranteier, Ratzeburger Steinweg. Volkshaus des Gesamt-Sportausflusses. Erscheinen aller, auch der Ersahleute, ist notwendig. D. Bömann.

Turn-Vereine

Großzschocher.

Subball-Abteilung. Sonnabend, den 30. April, abends 8 Uhr, Mittelleder-Veranstaltung. D. B.

Arbeiter-Athleten-Bund

Bezirk Leipzig

Am 4. Mai 1921 findet im großen Festsaal des Volkshauses Bezirks- Reitball statt. — Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Eintrittspreis 1,20 Mark. Freunde und Gönner sind eingeladen.

Radsfahrer-Bund Solidarität

Radsfahrer, Abtlung.

Donnerstag, den 5. Mai 1921 (Dimmelfahrt) finden die Probefahrten der Stafettenfahrt zum Reichs- arbeiterporttag statt. Alle Abteilungen treffen sich früh Punkt 7 Uhr in Frohnhöhe, Endstation der Straßenbahn. Start früh 8 Uhr a. d. Sammel- stellen. Es ist Pflicht aller Mitglieder sich daran zu beteiligen. Auch diejenigen, welche kein Rad haben, werden gebraucht. Tages- und Frühstunden fallen aus.

Die Bezirksleitung.

Abt. Nord.

Sonnabend, 30. April, abends 1/8 Uhr, Ausfahrt (mit Tänzchen) nach Rest. Müble, Cutr.

Abt. Ost.

Sonnabend, den 30. April, nachm. 1/8 Uhr, 20. Stiftungsfest im Albertgarten. Um recht zahl- reiche Unterstützung bitten. Der Vorstand.

Geyers billige Lebensmittel

Schweineschmalz

1 Pfund 10.25

Tafel-Margarine 8.00

Speck, geräuchert 10.00

la Nudeln 6.50 Griech. weiß 2.50

Säferloden 2.85 Mehl 2.50

Beribohnen 1.70 Erbsen 1.90

Sultaninen 17.00 Korinthfen 11.00

Freiheitsbeertoppott gratis!!!

Kernseife, 250-Gramm-Doppelriegel 2.80

Kernseife, 200-Gramm-Doppelriegel 2.50

Auf je 4 Doppelriegel 1/2 Pfund

Reistaffeloda gratis!!!

Schönfeld, Paul-Heyse-Strasse 30

Kleinzschocher, Wladimirstrasse 48

Wegen Geschäftsaufgabe verkauft

Prima Damen- u. Herren-Wäsche

Sport-Serviceur, Kragen, Krawatten u. Handschuhe. — Pa. Gummi-Hosenträger, Schürzen u. Strümpfe, Kurzwaren 211, 212, 213

54 Kurprinzstrasse 22, Laden. 24

Schweineschmalz, beste Qualität, zum Braten, goldgelb, 9.00

Roskoffett in Tafeln . . . 10.50

Bad- und Speiseleil . . . 9.00 la Salzpeil . . . 8.50

Sahne, lt. D. 8.50, ar. D. 7.50 Kond. Milch mit Zucker 7.30

Reines Schweineschmalz mit Speck, 10.30

la Speil, geräuch., nicht tranig, 10—12.00

Schwarzeleil, geräuch., 10.00, wie dieses, 13.00

Schinkenpeil, geräuchert, 10.00 und 12.00

Rindfleisch im eigenen Saft, 2-Pfd.-Dose 8.50

la Tafelmargarine, frisch, 8.20—13.00

Nudeln, Schneeweis . . . 6.50 Graupen, kleinste . . . 2.20

Säferloden 2.50 Perlbohnen, deutsche . . . 1.80

Abendroths Fettzentrale, Bollm., Rabel 52

Schneider, Schönefeld, Stettiner Straße 36.

Geyers Billige Lebensmittel

Telephon Nr. 60514.

In Schmalz, Blütenweil 10.70

Speck, geräuchert 10.00

Schwarzeleil 11.00

Schweinepökelfleisch 11.00

Tafelmargarine, Winter 7.50

Leinöl, best. 7.80

Leberwurt 2-Pfd.-Dose 5.00

Bollreis 2.40 Säferloden 2.80

Nudeln 2.50 Erbsen, gelb 2.20

Nudeln 2.50 Erbsen, grün 1.90

Kernseife Doppelriegel 2.50

Reistaffeloda 0.50

Vorselger dieses Interats erhält bei Einkauf von 20 Mt. an 1/2 Pfd. Bohnen gratis.

Sellerhausen, Wladimirstr. 41.

Neubitz, Kapellenstr. 10.

Böhle, Kaiserstraße 5

Restorations, Fischhändler, Tischlerwerkstoffe, Möbelwerkzeuge, Milch, Erenie, Gemüschwaren. Wegen Krankheit nur von 2-1/2 Uhr geöffnet.

Wilhelm Rode

Reitzenhainer Str. 3

Zweites Geschäft

Südstrasse 121 (am Kreuz)

Eigenes Steuerlager — Größte Auswahl in selbstgepackten und Fabriktabaken

Uebersee-Rippen geschlitten und gewalzt 100 gr 280

Virginia-Rippen geschlitten, Mittel-u. besonders würzig und aromatisch 100 g 350

Uebersee-Mischung gut in Brand u. Geschmack 400

Mittelschnitt 100 g 500

Amerikaner leichte, rein überseeische Mischung 1/2 Pfund 12.00

Elsäss feiner Schagtabak, Haarschnitt, pikant u. aromatisch gesost, für Zigarette und Pfeife 100 g 700

Auslese feinsten Ueberseeblätter mit Virginia gemischt, leicht, 100 g 700

Virginia goldgelb, vom Guten des Beste 100 g 760

Kentuky lange Blätter, ungeschnitten, besonders kräftig 1/2 Pfund 1500

Zigarren rein Uebersee 50, 60, 70, 80 usw.

Preisw. Feilfarben hoster Fabrik. 80, 1.00, 1.20 1.50

Zigaretten, erstkl. Marken, größte Auswahl.

Kautabak

von Reddersen u. Hannawacker la frisch

Zigaretten-Hülsen, -Papiera, -Stopfer

Zigaretten-Maschinen

Großer Pfingst-Verkauf zu enorm billigen Preisen

Mäntel aus Tuch, Covertcoat, Cabardine, in neuen eleganten Formen Mr. 195 350 495 750

Mäntel aus Imprägnierter Seide, Taffet, Colonne, in verschiedenen Farben und gam besonders schönen Formen Mr. 375 475 695 995

Jacketkleider in einfacher und eleganter Ausführung, aus Cabardine, Kammgarn, englischen Stoffen Mr. 295 550 875 975

Mantelkleider in besonders schönen, modernen Formen, aus Cabardine, Seidentrikot, Kammgarn Mr. 195 295 425 750

Imprägn. Mäntel a. Covertcoat, Popeline, Cabardine, vorzügl. bewährte Qualitäten Mr. 175 350 475 575

Strickjaden u. Jumpers aus Seidentrikot, Wolle, Flausch, richtige Längen, neue Farben und elegante Formen Mr. 85 195 295 395

Kleider aus Seidentrikot, Schleierstoff, Wolle, Fronté, in ganz neuartigen Moden Mr. 89 150 250 475 bis 975

Dirndlkleider aus Wusch- u. Wollstoffen, in reiz. aparten Dessins u. Ausführungen Mr. 120 145 175 205

Blusen, aparte, neue Formen, aus Schleierstoff, Crêpe de Chine, Seide und Wolle Mr. 39 55 75 150

Röde aus Cabardine, Seide, Fronté, in plissierten u. glatten Formen u. allen mod. Farben Mr. 55 75 120 180

Ein Posten **Klaufschmäntel** in besten Streifen und Karos, reine Wolle Mr. 195

Mädchen- und Knaben-Kleidung Reichhaltige Auswahl zu besonders vorteilhaften Preisen

Ein Posten **Wollkleider** in schönen Streifen und Karos Mr. 150

Franz Ebert

Leipzig, Thomassgasse

Bestes Spezialhaus für Damen-, Mädchen- und Kindermoderobe in Sachsen

Weissmachen

müssen auch Sie jetzt Ihre Zimmer. Dazu bekommen Sie das Material gut und billig nur bei mir. *

la Leinölsfirnis, garant. rein, kg. 18.—, bei mehr billiger, Fussbodenlackfarbe (Friedensqualität) kg. 22.—, Fussbodenlackfarbe II kg. 14.—, Vorstreichfarbe kg. 14.—, Sockelfarbe, grau 16.—, braun kg. 14.—, Gips, Schlemmkreide, Leim.

Pinselfabrik A. Krieger Neht., L.-Lindensau, Mersburger Strasse 70.

Familien-Nachrichten

Statt Karten. Für die uns erwiesene starke Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Sohnes, Schwiegerohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

Alfred Gebhardt

welche uns von Verwandten, Freunden und Bekannten, vom Ortsverein, Männerchor und Turnerverbund, sowie von seinen Arbeitskollegen und der Verwaltung des Gaswerks II, dem Malchhaus und männlichen Personal der Seilanstalt Dölen, durch Blumenkranz und Spenden zuteil geworden ist, sagen wir allen unseren aufrichtigsten Dank. Besonderen Dank den Sängern und Herrn Stadtrat Dietze, Leipzig, für die tröstlichen Worte am Grabe.

Liebertwolkwitz, den 27. April 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Sanktionen oder Verständigung?

Nur auf dem Boden des Marxismus ist eine wahrhafte Realpolitik möglich. Sowohl links wie rechts von der klaren Linie, die er der Politik vorschreibt, führt der Weg zu hoffnungsloser Situation. Die Nationalisten bauen ihre Politik heute noch wie 1914 auf der kludischen Mission der Unbesiegbarkeit Deutschlands die Kommunisten auf der ebenso unhaltbaren Mission einer nahe bevorstehenden Weltrevolution oder zumindest einer bei der heutigen Schwäche des Proletariats ebenso aussichtslosen deutschen Revolution auf, während der Marxismus alle Bedingungen der gesellschaftlichen Kämpfe wissenschaftlich untersucht und seine Politik auf der Grundlage historischer, nationalökonomischer und politischer Erkenntnis aufbaut. Er begnügt sich darum auch in der gegenwärtigen, für das Geschick Europas so überaus kritischen Situation nicht mit billiger Missionen über den Gang der Weltgeschichte, aber auch nicht mit einer bloß negativen Politik der Anklage gegen das kapitalistische System und der Enthüllung ihrer Verbrechen, die die gegenwärtige Situation verschuldet haben, um sich im übrigen an der Lösung der Krise, da sie eine kapitalistische und daher jedenfalls unzulängliche sein muß, desinteressiert zu erklären, sondern er sucht in der Erkenntnis, daß das Schicksal der Proletariats in höchstem Maße von der Art der Lösung der Krise betroffen wird, eine klare Stellung zu der Frage zu gewinnen, in welchem Falle die Interessen des Proletariats am besten gewahrt werden, ob durch eine Fortsetzung der bisherigen Sanktions- und Kriegspolitik oder durch eine gütliche Verständigung zwischen Deutschland und den Allierten. Zu diesem Zwecke müssen die wirtschaftlichen Wirkungen der beiden Möglichkeiten untersucht werden.

Die Wirkung neuer Sanktionen.

a) auf die Entente.

Was hätte die Entente einerseits und Deutschland andererseits von der Fortsetzung der bisherigen Sanktionspolitik zu erwarten? Für die Entente ist die Frage nicht leicht zu beantworten, da die mannigfaltigsten Interessen sich kreuzen, durcheinanderlaufen und gegeneinanderwirken. Eines ist sicher: daß der rein finanzielle Ertrag der Sanktionen ganz minimal wäre. Das zeigt sich schon bei den bisherigen Zwangsmaßnahmen, die lächerlich geringe Beträge erbracht haben und für die Zukunft keine höheren erwarten lassen. Daraus wird aber auch die Befreiung des Ruhrgebiets und des westlichen Industriebezirks wenig ändern. Selbst nach den optimistischsten Schätzungen könnte der Ertrag einer Steuer auf die Ruhrkohlen, selbst wenn sie sie bis zum Niveau der Weltmarktpreise belastete, und der sonstigen Ausbeutung des Industriegebietes nicht mehr als 1,5 Goldmilliarden jährlich ausmachen, wovon aber noch die neu aufzuwendenden Befreiungskosten abzuziehen sind.

Aber die Sanktionen werden ja nicht um ihres finanziellen Ertrages willen vorgenommen, sondern um ihrer gewaltigen wirtschaftlichen Rückwirkungen willen. Sie bestehen erstens in einer Ausschaltung der deutschen Konkurrenz im eigenen Lande. Dieses Ziel soll vor allem durch die fünfprozentige Abgabe auf deutsche Waren erreicht werden. Aber sie ist nicht nur für die Volkswirtschaft der beteiligten Länder und besonders für ihr Proletariat nachteilig, weil sie den Verbrauch drückt und das Preisniveau erhöht, sondern bevorzugt nur gewisse Industrien, die unter der deutschen Konkurrenz leiden, zugunsten anderer, die aus ihr Profit zu ziehen vermögen, und hat für ganze Länder, wie z. B. die Tschechoslowakei, die unbedingt auf die deutsche Einfuhr angewiesen sind, die verhängnisvollsten Folgen.

Ebenso zweipalig sind die wirtschaftlichen Rückwirkungen der Befreiung des Ruhrgebiets. Sie liegen im Interesse einiger Ententeindustrien, da durch sie der deutschen Industrie im wichtigsten Rohstoff, die Kohle, pervertiert und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt herabgesetzt wird; andererseits aber wird die von Frankreich ausgebeutete Ruhrkohle der englischen und amerikanischen Kohle auf dem Weltmarkt erhöhte Konkurrenz machen und die schwere Krise der englischen Kohlenindustrie, die den englischen Bergarbeitern einen Kampf um ihre Existenz ausgenötigt hat, gewaltig verschärfen. Und schließlich verschwindet mit der Vernichtung der Produktionskraft Deutschlands durch den Sturz ins industrielle Herz dieses Landes und mit der Niederwerfung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt jegliche Hoffnung auf deutsche Wiedergutmachungsleistungen, während die Vernichtung eines so gewaltigen Weltmarktes, wie ihn Deutschland immer noch darstellte, die internationale Wirtschaftskrise verewigt. Es ist nur das Interesse der kapitalistischen und einiger industrieller Kreise der Ententeländer, das durch diese Gewaltspolitik gefördert wird, während mit dem Untergang des deutschen Wirtschaftslebens auch das der Ententeländer selbst ins Herz getroffen wird. Allerdings aber sind es gerade diese Kreise, die augenblicklich in Frankreich und England die Adler in der Hand haben und für ihre imperialistischen, nationalökonomischen Zwecke eine willkommene Betätigungsmöglichkeit sehen. Darum ist die Gefahr, die von dieser Seite droht, so fürchtbar und die Aussicht, zu einer Verständigung zu gelangen, die für beide Teile wirtschaftlich bedeutend vorteilhafter wäre als die Fortsetzung der Sanktionspolitik, so gering.

b) auf Deutschland.

Welche Wirkungen die bisherigen Sanktionen auf das deutsche Wirtschaftsleben ausüben müssen, wurde bereits in der Wirtschaftlichen Wochenchau vom 11. März 1921 ausführlich geschildert. Und daß unsere damalige Voraussage richtig war, geht aus den Berichten über die gegenwärtige Wirtschaftslage, die aus allen Teilen Deutschlands einlaufen, sowie aus dem Stand der Arbeitslosenfiguren, der sich trotz des Fortschreitens der Jahreszeit fast nicht verringert hat, mit aller Deutlichkeit hervor. Die Befreiung des Ruhrgebiets würde aber eine geradezu katastrophale Verschärfung dieser Wirkungen bedeuten. Die deutsche Industrie würde nicht nur mit einer Verminderung der Kohlenzufuhr zu rechnen haben, sondern auch mit einer Verteuerung der Kohlenpreise bis nahe an das Niveau des Weltmarktpreises. Es würden also ihre Produktionskosten wesentlich erhöht, der Vorteil, den sie bisher auf dem Weltmarkt aus den billigen Kohlenpreisen zog, verloren gehen. Verringerung der Konkurrenzfähigkeit im

Auslande, eine neue, alle bisherigen Dimensionen übertreffende Preiswelle wären die unausbleiblichen Folgen. Aber nicht nur das. Die deutsche Industrie würde mit allen Mitteln trachten, sich für die Verteuerung der Produktionskosten durch eine Verschärfung der übrigen Produktionskosten schadlos zu halten, um ihre Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten, d. h. sie würde mit einem Generalkursum auf das Proletariat zur Herabsetzung seiner Löhne einsehen. Und die Arbeiterklasse könnte diesem Generalkursum um so schwerer widerstehen, da ein gewaltiges Anschwellen der Arbeitslosigkeit als erste Wirkung der Befreiung des Ruhrgebiets ihm vorausgehen würde.

Die Bourgeoisie hingegen würde am wenigsten unter den Wirkungen zu leiden haben. Sie hätte keine Verschlechterung ihres Lebensstandards zu erwarten, im Gegenteil, die neue Welle der Verteuerung und der Geldentwertung würde ihr, wie gewöhnlich, eine ungeheure Erhöhung ihrer Gewinne, vor allem der Valutagewinne einbringen und sie würde andererseits der Besteuerung für Wiedergutmachungszwecke entgehen. Bedarf es da noch einer weiteren Erklärung, warum Sinnes und das hinter ihm stehende Pressegeschicht alle Wimen springen läßt, um die Verständigung mit der Entente zu hintertreiben? Und ist es angesichts der grauenvollen Aussichten, die sich dem Proletariat eröffnen, wenn Foch und Stinnes den Sieg davontragen, noch nötig, unsere Politik der Unterstützung der Verständigungsversuche zu rechtfertigen?

Der Weg der Verständigung.

Welche Aussichten eröffnet auf der andern Seite der Weg der Verständigung, des Ausgleichs zwischen den Forderungen der Allierten und den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands? Für die Entente bedeutet er die Zurückstellung ihrer imperialistischen Ziele und ihrer Politik der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands, aber dafür die Aussicht auf gewollte deutsche Wiedergutmachungsleistungen, die geeignet sind, vor allem Frankreich aus seiner Finanznot herauszuheben und den Wiederaufbau seiner zerstörten Provinzen zu ermöglichen. Was Deutschland hingegen von diesem Wege zu erwarten hat, kann in voller Ausdehnung erst gewürdigt werden, wenn die deutschen Vorschläge kritisch untersucht werden.

Die neuen deutschen Vorschläge.

Es war für die deutsche Regierung bei der Verfahrenheit und zeitlichen Zuspätkommen der gegenwärtigen politischen Situation, an der sie ihr gestillt Maß von Schuld trägt, eine unabweisliche Notwendigkeit, von den Pariser Beschlüssen auszugehen, d. h. die finanzielle Seite der Wiedergutmachung in den Vordergrund zu stellen und einen Gesamtbetrag ihrer Zahlungsverpflichtung aufzustellen. Dadurch unterscheiden sich die deutschen Vorschläge wesentlich von den Amsterdamer Vorschlägen des internationalen Proletariats, die von der Unzulänglichkeit einer rein finanziellen Lösung ausgehen. Aber wenn die deutsche Regierung das Versteuerte vermeiden wollte, blies ihr im gegenwärtigen Augenblick kein anderer Weg übrig. Die von ihr vorgeschlagene Gesamtsumme ist mit der in den Pariser Beschlüssen angelegten identisch; denn wenn die sich auf 42 Jahre erstreckenden Annuitäten von insgesamt 226 Goldmilliarden mit 6 Prozent auf den gegenwärtigen Zeitpunkt rückkonvertiert werden, so ergeben sie eben den Betrag von 50 Milliarden. Freilich unterscheiden sich die deutschen Vorschläge von den Pariser Beschlüssen wesentlich darin, daß er von der zwölfprozentigen Abgabe auf die gesamte deutsche Ausfuhr, die außer den Annuitäten gezahlt werden sollte, vollständig absteht und dafür auch keinen Ersatz vorsieht. Denn die Beteiligung der Entente an einer Besserung unserer Wirtschaftslage hat eine ganz andre Bedeutung: sie soll nur im Rahmen der unabänderlich festgelegten Gesamtsumme die Annuitäten erschöpfen.

Alle andern Punkte der deutschen Vorschläge betreffen lediglich die Zahlungsmodalitäten, die ein ganzes System darstellen. Erstens schlägt Deutschland wieder wie in London und im Einklang mit den Amsterdamer Vorschlägen die Auslegung einer internationalen Anleihe vor: nur fehlt diesmal die Bedingung, daß sie steuerfrei bleiben soll, — was für die Ententeländer eine gewisse Belastung bedeutet hätte —, sondern sie soll nur in Deutschland gewisse Begünstigungen erfahren. Die deutsche Regierung hat dabei die Frage offen gelassen, ob und wie das steuerfreie deutsche Kapital im Auslande zwangsweise an der Zeichnung der Anleihe heranzuziehen sei, wie es unsere Vertreter in Amsterdam vorgeschlagen hatten. Es wird auf das dringendste zu fordern sein, daß sie dieses Bestreben noch nachholt und auf internationale Begebenheiten hinwirkt, die eine solche Heranziehung durch einen Ausbau der Beziehungen der betreffenden Länder gestalten. Auch ist nicht einzusehen, warum die Regierung den blutigen Krawallen Deutschlands verlockende Bedingungen zur Zeichnung der Anleihe gewährt und sie nicht lieber gesellich dazu anhalten will. Für die Zahlung der Zinsen und die allmähliche Amortisation (Tilgung) der Anleihe wird Deutschland aufzukommen haben.

Durch die internationale Anleihe kann natürlich nur ein geringer Teil der von Deutschland geschuldeten Summe, schätzungsweise 6 bis 8 Goldmilliarden, aufgebracht werden. Den gewaltigen noch verbleibenden Restbetrag will Deutschland ebenfalls wie einheimische Summe behandeln, d. h. es wird auch ihn verzinzen und amortisieren, aber vorläufig nur 4 Prozent Zinsen zahlen, während die Pariser Beschlüsse eine Verzinsung von 8 Prozent vorgesehene hatten. Auch in diesem Punkte bleibt also eine ziemlich beträchtliche Spannuma zwischen den Vorschlägen der Allierten und den deutschen Zusatzbedingungen, die nur etwas darüber gemildert wird, daß die Höhe des jährlich abzuhaltenden Zinsens- und Amortisationsbetrages von der deutschen Wirtschaftslage abhängig sein soll, d. h. bei einer Besserung der Wirtschaftslage sich vermindern, bei einer Verschlechterung allerdings sich vergrößern soll. Auf dieses Zusatzbedingung allein beschränkt sich der Anteil, den die deutschen Vorschläge den Allierten an einer Erhöhung der deutschen Wirtschaftskraft einräumen wollen.

Die dritte Zahlungsmethode ist die Teilnahme Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Darüber hat die deutsche Regierung bekanntlich schon vor einigen Tagen der Reparationskommission direkt, ohne amerikanische Vermittlung, genaue

Vorschläge gemacht, die alle Möglichkeiten einer deutschen Beteiligung am Wiederaufbau vollkommen erschöpfen, und in denen auch die Vorschläge des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die der dringendsten Not der Einwohner der betroffenen Gebiete steuern wollen, wörtlich enthalten sind. Es ist freilich noch eine große Frage, die keineswegs von den deutschen Vorschlägen zu lösen versucht wird, ob es gelingen wird, den kapitalistischen Einfluß beim Wiederaufbau auch nur einigermaßen auszuschalten. Es ist bei der Lagerung der Machtverhältnisse in Frankreich und Deutschland sehr zu bezweifeln, daß ein großer Teil der deutschen Wiederaufbauleistungen in die Taschen der französischen und deutschen Kapitalisten fließt.

Ein weiterer Weg der Schuldentilgung soll in Sachleistungen, d. h. in der Lieferung von Waren, bestehen, von der allerdings die Ententeindustrien nicht sehr erbaut sein werden, und schließlich ein letzter in der Uebernahme eines Teils der Schuld der Allierten an Amerika. Es ist aber fraglich, ob die Allierten darauf eingehen werden, da sie lieber Geld haben, als Schulden los sein wollen.

Da die Mobilisierung der deutschen Zahlungen einen verhältnismäßig langen Zeitraum in Anspruch nehmen wird, erklärt sich die deutsche Regierung bereit, sofort eine Goldmilliarde zu zahlen, die teils in Gold, teils in Devisen und ausländischen Wertpapieren bestehen wird. Zu diesem Zwecke gebet die Regierung, den Rest der ausländischen Wertpapiere, die sich noch in deutschem Besitz befinden, zu beschlagnahmen — soweit es in ihrer Macht steht, heißt es. Damit wäre der unheilvolle Konflikt mit der Reparationskommission um die sofortige Zahlung einer Goldmilliarde endlich gelöst. Es ist nur nicht einzusehen, warum die deutsche Regierung nicht schon früher auf diesen Gedanken gekommen ist und erst den Konflikt sich so unheilvoll hat aufziehen lassen. Wie die deutsche Regierung sich aber zur andern kritischen Frage der zwanzig Goldmilliarden stellt, ist aus den Vorschlägen nicht klar ersichtlich. Anscheinend steht sie auf dem Standpunkte, daß ihre bisherigen Reparationsleistungen von der Gesamtsumme von 50 Goldmilliarden abzuziehen sind, wobei sie allerdings nicht wie in London darauf beharrt, ihren Wert mit 20 Goldmilliarden zu beziffern, sondern die Entscheidung dieser Frage unter Hinzuziehung von Sachverständigen getroffen wissen will. Ob die Entente darauf eingehen wird, ist allerdings jedenfalls sehr fraglich.

Es ergibt sich schon aus dieser kurzen Darlegung, daß die Differenzpunkte noch immer sehr groß sind, ganz zu schweigen davon, daß die deutsche Regierung ihre Vorschläge wieder an Bedingungen geknüpft hat, die wahrscheinlich von einzelnen Ententemächtern als unannehmbar betrachtet werden dürften. Aber diese Frage ist mehr politischer Natur und die Frage, ob die deutsche Regierung in diesem Punkte klar operiert hat oder sich nicht ein unüberwindliches Hindernis für die Annahme ihrer Vorschläge in den Weg gesetzt hat, in diesem Zusammenhange nicht zu erörtern.

Soll die Bourgeoisie oder das Proletariat zahlen?

Ueber eine, für uns die wichtigste Frage aber geben die deutschen Vorschläge überhaupt keine Auskunft: wie die ungeheuerlichen Kosten für die Wiedergutmachungsleistungen aufgebracht werden sollen. Es ist klar, daß sie aus der deutschen Produktion herausgewirtschaftet werden müssen; aber soll dies durch vermehrte Arbeitsleistung des Proletariats und Verschärfung seiner Lebenshaltung und seiner Arbeitsbedingungen geschehen, oder durch die Abschöpfung eines entsprechenden Teils des von ihm erarbeiteten Mehrwerts, der heute ganz den Kapitalisten zugute kommt? Darüber dürfen wir uns nicht hinwegläuschen, daß es auf jeden Fall die Früchte unserer Arbeit sein werden, die wir hinopfern werden müssen; aber es macht doch einen gewaltigen Unterschied aus, ob die Arbeiter unmittelbar mit ihrer Lebenshaltung und mit ihrer Arbeitskraft für die Verstärkung der kapitalistischen Kriegstreiber werden müssen, oder ob den Kapitalisten ein Teil ihres Mehrwerts, den sie den Arbeitern abgenommen haben, wieder abgenommen werden muß. In sich ist dieser Weg möglich, einzeln durch eine scharfe Besteuerung des Kapitals, die wenigstens einen Teil der planetarischen Gewinne, die jetzt erzielt werden, abschöpft, andererseits durch die Beteiligung der Entente an der deutschen Industrie in der Form von Genussscheinen (dadurch soll verhindert werden, daß die deutschen Unternehmungen unter die Herrschaft der Ententeindustrien gelangen), die aber den deutschen Unternehmern nicht abgekauft, sondern abgenommen werden müssen. Um diese Forderungen wird der Kampf des Proletariats anzusetzen haben, wenn es nicht Gefahr laufen will, wirtschaftlich vollends unter die Räder zu kommen.

Der Einfluß der Spekulation auf die Valuta.

Die Kursbewegung der deutschen Mark in der letzten Woche war ein deutlicher Beweis dafür, daß die Spekulation wohl gewisse Schwankungen der Valuta hervorgerufen bzw. verstärkt kann, daß sie aber ihre Grundtendenzen, die auf objektiven Voraussetzungen, dem Stande der Zahlungsbilanz beruht, nicht dauernd zu beeinflussen vermag. Als die außenpolitische Situation sich für Deutschland vor der Konferenz von Gineve bebrochlich aufspitzte, stieg der Dollar, der sich bis dahin auf dem Niveau von 62-63 M. gehalten hatte, sich auf 69-70 M. — um aber allmählich wieder fast bis auf sein altes Niveau zu fallen. Eine ähnliche Bewegung machten alle übrigen Devisen durch, die folgende Aufstellung zeigt.

Es kosteten in Berlin	1.7.14	22.4.21	26.4.21	27.4.21
	M a r k			
1 amerikanischer Dollar	4.12	68.18	68.98	68.69
1 englischer Pfund Sterling	20.48	268.07	267.95	251.95
100 holländische Gulden	169.00	2375.01	2277.07	2230.25
100 schwedische Kronen	112.50	1675.85	1537.45	1488.05
100 schweizer Franken	81.00	1197.03	1131.35	1107.85
100 französische Franken	81.00	433.05	47.05	480.05
100 belgische Franken	81.00	301.95	487.05	488.05
100 italienische Lire	51.00	319.15	312.15	308.65
100 deutsche Österreich. Kronen	85.00	17.28	17.28	16.93
100 tschechoslowakische Kronen	—	90.65	58.08	87.15
100 ungarische Kronen	—	25.17	24.62	24.54

nisierte Arbeiterschaft ist von dem Ergebnis der Tagung am bedeutungsvollsten das Bekenntnis zur freigewerkschaftlichen Organisation und zur gewerkschaftlichen Disziplin. Trotz langer Nachsitzen — bis morgens nach 3 Uhr — konnte die vorgesehene Tagesordnung nicht aufgearbeitet werden. Ein sehr wichtiger Punkt, Beratung der Satzungen, wezu Vorschläge einer Kommission vorliegen, konnte nicht mehr behandelt werden.

Der Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht des Präsidiums der Genossenschaft gab Anlass zu lauten Auseinandersetzungen. Eine erhebliche Opposition der Delegierten übte scharfe Kritik an dem Verhalten und mancherlei Maßnahmen des Präsidiums und besonders des Vorsitzenden der Genossenschaft Ricket-Berlin. Die Genossenschaft, so wurde verlangt, müsse viel härter gegen das Unternehmertum vorgehen, der freigewerkschaftliche Geist mehr zum Ausdruck kommen. Von anderer Seite, von den sogenannten Prominenten, wird dagegen der Vorwurf gemacht, daß sie zu sehr den gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen Standpunkt vertritt und dadurch die Kunst vernachlässige. Präsident Ricket und der stellvertretende Vorsitzende Wallauer-Berlin verteidigten in wiederholten Ausführungen — unter Zustimmung der großen Mehrheit der Delegierten — ihre Geschäftsführung. Sie traten rüchhaltlos für die gewerkschaftlichen Gedanken ein; Aufgabe der Genossenschaft sei aber auch die Förderung und Pflege der Kunst als Stütze deutscher Kultur.

Die Frage der prominenten Künstler, die sich in Berlin innerhalb der Genossenschaft zu einer besonderen Vereinigung zusammengelassen haben, wurde sehr eingehend erörtert. Diese Prominenten sind der Ansicht, daß ihre künstlerischen Interessen in der Genossenschaft nicht genügend gewahrt werden. Gegen sie wurden heftige Angriffe erhoben. Sie würden den größten Teil ihrer künstlerischen Kraft zum „Filmen“ verwenden, dadurch sei das Probeniveau gesunken, was kunstschädigend wirke. Die Prominenten seien es auch, die die genossenschaftliche Solidarität immer wieder durchbrechen würden. Die Berliner Prominenten wurden aufgefordert, ihre Stellungnahme auf der Vertreterversammlung darzulegen. Das wurde von diesen telegraphisch abgelehnt und mit den Angriffen auf sie begründet. Rameau-Berlin versuchte trotzdem die Beweggründe der Prominenten darzulegen. Je weiter der rein gewerkschaftliche Gedanke sich in der Genossenschaft entwickelt habe, um so stärker seien in vielen Genossenschaftlern die inneren Widerstände dagegen geworden. Man befürchte eine Hintansetzung der künstlerischen Interessen gegenüber den gewerkschaftlichen. Redner schlug vor, man solle nochmals versuchen, mit den Prominenten zu verhandeln, um zu einer Verständigung zu kommen. Gegen deren Ansicht traten zahlreiche Redner auf, darunter auch hervorragende Künstler, wie Gläser vom Frankfurter Opernhaus, Ebert vom Frankfurter Schauspielhaus und der Gründer der Genossenschaft Ludwig Barua. Auch der Vertreter der Wsa, Klatka-Berlin, betonte die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Disziplin und Solidarität. Von Interesse ist, daß Paul Wegener ein Gastspiel in Köln durch die Solidarität der dortigen Schauspieler erst abhalten konnte, als er seinen Beitritt zur Bühnengenossenschaft erklärte. Seinem Beispiel seien dann auch Max Reinhard und der Komponist Johann Strauß gefolgt. Der Kongreß betonte, daß alle Kreise der deutschen Theaterwelt die Bühnengenossenschaft als Machtfaktor betrachten müßten. Mit 117 gegen 80 Stimmen lehnte der Kongreß es ab, neue Verhandlungen mit den Prominenten zu führen. In einem angenommenen Antrag wurde zum Ausdruck gebracht, daß die alleinige berufliche Vertretung aller künstlerischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Bühnengehörigen die Bühnengenossenschaft bleiben muß und alle besonderen Interessenvertretungen nur durch sachungsmäßig gewählte Funktionäre möglich sind.

Dem Präsidium der Genossenschaft und damit auch Ricket wurde mit 162 gegen 61 Stimmen ein Vertrauensvotum erteilt.

Zur Frage der gefährdeten Theater im besetzten Gebiet wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die gegen die einseitige Besetzung des paritätischen Nachweises für die gefährdeten Theater durch Herrn Dr. Seelig als Vertreter des Kultusministeriums protestiert und fordert, daß die Vertreter im Einverständnis mit der Genossenschaft ernannt werden.

Sehr eingehend behandelte der Kongreß auch die Anfängerfrage. Nach langer Debatte wurde ein Antrag des Verwaltungsrats angenommen, nach dem an keinem deutschen Theater mehr als 10 Prozent Anfänger tätig sein dürfen. Schüler und Koloniale dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung des Präsidiums der Genossenschaft an den Bühnen nicht angenommen werden.

Zu der Neuregelung der Beitragsfrage lag ein Antrag des Verwaltungsrats vor, die Beiträge von 10 Mk. bei einem Monatseinkommen von 600 Mk. bis zu 100 Mk. monatlich bei einem Monatseinkommen von über 4000 Mk. zu staffeln. Die Staffellung wurde seither bei einem Monatseinkommen von 600 Mk. auf 10 Mk. steigend bis zu 140 Mk. monatlich bei einer Monatsgehalt von über 8000 Mk., das entspricht ungefähr einer Prozentigen Abgabe des Einkommens. Außerdem ist jedes Mitglied verpflichtet, zuzuführen. Engagementsaufspiele bleiben davon unberührt. Von jeder Erhöhung des Einkommens, die durch eine Lohnbewegung erzielt worden ist, hat jeder Genossenschaftler eine entsprechende Abgabe an den Solidaritätsfonds zu leisten. Die Engagementslosen haben einen Mindestbeitrag von 5 Mk. zu zahlen.

Bei Besprechung der Frage der Kommunalisierung der Theater wurde betont, daß es durch intensive Arbeit der Genossenschaft gelungen ist, weit über 100 Theater zu verstaatlichen.

Bei der Ergänzungswahl zum Verwaltungsrat wurden Dr. Pauli-Hamburg und Dersin-München gewählt; die Kandidaten der Opposition blieben in der Minderheit.

Mit einem Schlußwort von Wallauer-Berlin wurde der Kongreß geschlossen.

Die sächsische Regierung gegen die Fulscharbeit.

Um eine Schwächung der Arbeitsgelegenheiten für Erwerbslose und eine Bedrohung der Existenzmöglichkeit vieler selbständiger Gewerbetreibender zu verhindern, hat das sächsische Arbeitsministerium im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium schon durch Verordnung vom 20. Februar 1920 angeregt, durch Bildung von Ueberwachungsausschüssen und Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegen eine selbständige Uebernahme von Arbeitsaufträgen durch vollbeschäftigte Arbeiter vorzugehen. Bisherorts sind daraufhin erhebliche Erfolge erzielt worden, aber doch wird immer noch Arbeit, besonders handwerksmäßiger Art, von vollbeschäftigten Arbeitern nach Beendigung der achtstündigen Arbeitszeit für dritte Auftragsgeber verrichtet. Es muß daher — so schreibt das sächsische Wirtschaftsministerium — den Amtshauptmannschaften und Stadträten zur Pflicht gemacht werden, gegen Mißstände durch Aufklärung der beteiligten Kreise und strenge Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen vorzugehen. In allen Fällen, in denen die Verrichtung von Nebenarbeit bekannt wird, ist den Finanzämtern zur Wahrnehmung des Steuerinteresses der Name des Arbeitgebers und des Arbeiters bekanntzugeben, auch ist den Strafverfolgungsbehörden Mitteilung zu machen, wenn hinsichtlich des Materials begründeter Verdacht nicht einwandfreien Erwerbs besteht. Das sächsische Wirtschaftsministerium fördert die Behörden auf, den Kampf gegen die Fulscharbeit nach Kräften zu unterstützen.

Der Erlaß des sächsischen Arbeitsministeriums ist gewiß gut gemeint, er wird aber nur in ganz beschränktem Maße das treffen, was beabsichtigt ist. Dabei werden in den Fällen, die den Behörden zur Kenntnis kommen, die Leidtragenden in den aller-

meisten Fällen die Arbeiter sein. Daß heute soviel „Fulscharbeit“ verrichtet wird und daß sich einzelne Teile der Arbeiterschaft zur Leistung derselben bereit finden, hat seinen Grund in den überaus trüben wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen sich die Arbeiterschaft heute befindet.

Die enorm hohe Arbeitslosigkeit, die gewaltige Zahl der Kurzarbeiter machen die sogenannte Fulscharbeit seitens der Arbeiterschaft nur allzu verständlich. Der geringe Lohn, der aus dem trüben wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen sich die Arbeiterschaft heute befindet, nur um die Familie vor einem elendlichen Untergang zu bewahren.

Die Forderungen der Arbeiterschaft sind hinlänglich bekannt. Nur eine planmäßige sozialistische Wirtschaftsweise, getragen von dem Willen der gesamten Arbeiterschaft, wird, wie all die schädlichen Auswüchse der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsweise, auch die Fulscharbeit beseitigen.

Es ist Pflicht und Aufgabe einer sozialistischen Regierung, in diesem Sinne zur Verwirklichung des sozialistischen Gedankens beizutragen.

Facharbeitsnachweis für die Metallindustrie.

Das Arbeitsamt der Stadt Leipzig teilt folgendes mit: Der Verband der Metallindustriellen ist von dem gemeinsam mit dem Deutschen Metallarbeiterverband errichteten und an das Arbeitsamt angegliederten paritätischen Facharbeitsnachweis für die Metallindustrie zurückgetreten. Um den mehr als 3000 vorhandenen Metallarbeitern eine sachliche und gerechte Arbeitsvermittlung weiter angeheben zu lassen, sieht sich das Arbeitsamt veranlaßt, diesen Arbeitsnachweis als Fachabteilung des städtischen Arbeitsnachweises weiterzuführen. Der Arbeitsnachweis befindet sich Tröndelring 1, 1. Etage, Fernsprecher 11067, 3133, Geschäftszeit 8-2 Uhr werktäglich. Die Arbeitsvermittlung erfolgt für beide Teile unentgeltlich. Die Arbeitgeber werden im Interesse der hieriger Erwerbslosen zur regen Benutzung des Facharbeitsnachweises eingeladen. Für diejenigen Arbeitgeber, die mit dem Deutschen Metallarbeiterverband tariflich oder durch Arbeitsordnung die Benutzung des Facharbeitsnachweises vereinbart haben, bleibt der Benutzungszwang des Facharbeitsnachweises weiter verbindlich.

Die günstige Wirkung des Achtstundentages.

Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht einen Teil des Berichts der Graphischen Union in den Vereinigten Staaten, welche 70 000 Mitglieder umfaßt. Eine Statistik, welche sich auf die letzten 20 Jahre erstreckt, behandelt die Sterblichkeit unter den Mitgliedern und deren durchschnittliches Lebensalter. Demnach kommen auf je 1000 Mitglieder im Jahre 1900 dreizehn, 1920 aber vierzehn Todesfälle, während das durchschnittliche Lebensalter von 41 Jahren im Jahre 1900 auf 53 Jahre im Jahre 1920, also nicht weniger als um 12 Jahre gestiegen ist. Die Graphische Union erklärt, daß diese Verlängerung des Lebens fast ausschließlich dem Achtstundentage und den verbesserten hygienischen Arbeitsbedingungen, welche die Gewerkschaft erkämpfte und besonders durch Erziehungsarbeit erwirkte, zuzuschreiben ist.

Der italienische Eisenbahner-Generalstreik.

Der in Italien proklamierte Eisenbahner-Generalstreik hat sich auch auf die Provinz Venetia Julia ausgedehnt. Am Mittwoch ist in Laibach kein einziger Zug aus Italien eingetroffen. Der Simolon-Garek ist in Triest geschlossen. Auch der Telephon-, Telegraphen- und Postverkehr zwischen Borarlberg und Laibach ist unterbrochen. Die Eisenbahner in Venetia und Trient sind wegen Lohnfragen in den Ausstand getreten.

Serientage für Herren-Konfektion

Eine Preis-Abbau-Demonstration

die den Beweis erbringen soll, daß wir in der gegenwärtigen schweren Zeit unsere Aufgabe verstehen, durch billige Preise für großen Absatz und dadurch für Beschäftigung in der Industrie zu sorgen. Behebung der Arbeitslosigkeit, Stärkung des Binnenmarktes, die beste Waffe gegen die sog. Sanktionen.

Serie I

Jedes Stück Mart

350.—

Herren-Anzüge

aus haltbaren, hell und dunkel gemusterten Cheviot- und Buckstinstoffen, in tadellosem Sitz, einfache und flotte Verarbeitung.

Herren-Schlüpfer

Herren-Überzieher

Serie II

Jedes Stück Mart

550.—

Herren-Anzüge

in neuen, modernen Formen; aus modern gemusterten Cheviotstoffen, einfache und flotte Verarbeitung, tadelloser Sitz.

Herren-Schlüpfer

Herren-Überzieher

Serie III

Jedes Stück Mart

750.—

Herren-Anzüge

hochelegant geschnittene Formen, gerade und schräge Taschen, Sportform mit aufgesetzten Taschen und Um-schlagshosen, prima Stoffe.

Herren-Schlüpfer

Herren-Überzieher

Serie IV

Jedes Stück Mart

950.—

Herren-Anzüge

von besonderer Eleganz und ganz besonders gewählten Stoffen, der Maßschneiderei entsprechende Verarbeitung.

Herren-Schlüpfer

Herren-Überzieher

Nur gute Qualitäten, für die Tragfähigkeit leisten wir volle Garantie!

Brühl 28/32 **H. Hollentamp & Co. Leipzig** Alte Reichsstr. Erstes Herren-Bekleidungshaus

